

S O D K – Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
C D A S – Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales
C D O S – Conferenza delle direttrici e dei direttori
cantionali delle opere sociali

EMPFEHLUNGEN

der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz
Opferhilfegesetz (SVK-OHG)

ZUR ANWENDUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE HILFE AN OPFER VON STRAFTATEN (OHG)

21. Januar 2010

HERAUSGEBERIN	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)
AUTOR/INNEN	Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz OHG (SVK-OHG), Elsbeth Aeschlimann, Urs Edelmann, Pascale Haldimann, Andrea Heri, Daniel Känel, Gabriela Schmid und Eva Weishaupt (Leitung).
BESCHLUSS	Genehmigt durch den Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren SODK am 18. Dezember 2009 und vom Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD am 21. Januar 2010.
REDAKTION	Generalsekretariat SODK
GESTALTUNG	sofie's Kommunikationsdesign, Zürich
DRUCK	Schaub + Rüedi Druck AG, Bern
BEZUGSADRESSE	SODK Generalsekretariat – Speichergasse 6 – Postfach – 3000 Bern 7
E-MAIL	office@sodk
WEBSITE	www.opferhilfe-schweiz.ch – www.aide-aux-victimes.ch – www.aiuto-alle-vittime.ch
COPYRIGHT	© SODK, Januar 2010



VORWORT DER PRÄSIDENTIN SODK

Die Unterstützung von Opfern von Straftaten durch den Staat ist eine relativ junge Errungenschaft in unserer Gesellschaft. Das erste Schweizerische Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten trat 1993 in Kraft. Dieses definierte die Opferhilfe als Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Der Bund sorgt für die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Kantone sind für die Umsetzung besorgt.

Zur Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs zwischen Bund und Kantonen und zwischen den Kantonen entstand in der Folge die Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz Opferhilfegesetz (SVK-OHG). Die SVK-OHG setzt sich zusammen aus VertreterInnen der kantonalen Entschädigungsstellen und der Opferhilfe-Beratungsstellen. Ebenfalls darin vertreten sind die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK), die Konferenz der kantonalen Justiz- und PolizeidirektorInnen (KKJPD) sowie das Bundesamt für Justiz. Die SVK-OHG ist eine ständige Fachkommission der SODK.

Einer der Schwerpunkte der SVK-OHG ist die Unterstützung der einheitlichen Anwendung des Schweizerischen Opferhilfegesetzes (OHG) in den Kantonen. Zu diesem Zweck hat sie 1997 Empfehlungen herausgegeben, welche als praxisorientiertes, mit Beispielen und Kommentaren angereichertes Arbeitsinstrument für die mit dem OHG befassten Stellen und Personen konzipiert sind.

Aufgrund der Revision des Opferhilfegesetzes, welche am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, hat die SVK-OHG nun ihre Empfehlungen zur Anwendung des OHG überarbeitet. Das Resultat dieser Arbeit liegt hier vor.

Die Empfehlungen der SVK-OHG leisten einen wichtigen Beitrag zur wirkungsvollen Anwendung des OHG in den Kantonen und zur interkantonalen Zusammenarbeit. Dafür sei allen Mitgliedern der SVK-OHG bestens gedankt. Ein besonderer Dank geht an die Mitglieder der Arbeitsgruppe der SVK-OHG, Elsbeth Aeschlimann, Urs Edelmann, Pascale Haldimann, Andrea Heri, Daniel Känel, Gabriela Schmid und Eva Weishaupt (Leitung). Sie haben die Empfehlungen mit grossem zeitlichem und fachlichem Engagement ausgearbeitet. Ein weiterer Dank geht zudem an Frau Valerie Berset-Hemmer vom Bundesamt für Justiz für Ihre Unterstützung und die fachliche Überprüfung der französischen Fassung.

Kathrin Hilber
Präsidentin SODK

1	ZIEL, INHALT UND AUFBAU DER EMPFEHLUNGEN	6
1.1	Ziel der Empfehlungen	6
1.2	Inhalt und Aufbau der Empfehlungen	6
1.3	Anwendbares Recht/Übergangsregelung	7
2	OPFERBEGRIFF	8
2.1	Grundkriterien	8
2.2	Opferkategorien (Opfer und Angehörige)	8
2.3	Straftat im Sinne des OHG	10
2.4	Beeinträchtigung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität	11
2.5	Unmittelbarkeit der Beeinträchtigung	12
2.6	Opferrechtlich relevante Straftatbestände	12
2.7	Mitverschulden des Opfers	14
2.8	Anforderungen an den Nachweis der Opfereigenschaft	14
2.8.1	Unterschiedliche Anforderungen je nach Leistung	14
2.8.2	Verhältnis zum Strafentscheid	16
3	BERATUNG	17
3.1	Örtlicher und zeitlicher Geltungsbereich und Zuständigkeit innerhalb eines Kantons	17
3.2	Beratung i.e.S.	18
3.2.1	Organisation und Umfang	18
3.2.2	Schweigepflicht	19
3.3	Finanzielle Leistungen im Rahmen von Art. 12 ff. OHG	20
3.3.1	Übergangsregelung/anwendbares Recht	21
3.3.2	Soforthilfe	21
3.3.3	Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter	23
3.3.4	Haushalts- und Betreuungshilfe im Speziellen	24
3.4	Subsidiarität der finanziellen Leistungen und Legalzession	26
3.5	Interkantonale Zusammenarbeit	27
4	ENTSCHÄDIGUNG UND GENUGTUUNG	28
4.1	Übergangsregelung: Anwendbares Recht	28
4.2	Örtlicher Geltungsbereich des OHG und interkantonale Zuständigkeit	28
4.2.1	Tatort Schweiz	28
4.2.2	Tatort Ausland	29
4.3	Einleitung des Verfahrens und verfahrensrechtliche Regelungen	30
4.3.1	Einleitung auf Gesuch hin	30
4.3.2	Untersuchung des Sachverhalts von Amtes wegen	30
4.3.3	Rasches Opferhilfeverfahren und Zulässigkeit der Sistierung des Verfahrens	31
4.3.4	Kostenlosigkeit des Opferhilfeverfahrens und Anwaltskosten	31
4.3.5	Rechtsmittel und Legitimation	31

Inhaltsverzeichnis

4.4	Allgemeine Voraussetzungen	32
4.4.1	Opfereigenschaft und Nachweis der Opfereigenschaft	32
4.4.2	Einhaltung der Verwirkungsfrist	32
4.4.3	Adäquater Kausalzusammenhang von Beeinträchtigung und Straftat	34
4.4.4	Subsidiarität von Entschädigung und Genugtuung und Legalzession	35
4.5	Entschädigung	36
4.5.1	Art des Schadens (Personenschaden)	36
4.5.2	Schadenspositionen/Abgrenzung zu den Kostenbeiträgen für Hilfe Dritter	37
4.5.3	Ermittlung des Schadens	38
4.5.4	Anspruchsermittlung aufgrund der finanziellen Verhältnisse	38
4.5.5	Ausschluss oder Herabsetzung der Entschädigung wegen Mitverschuldens	39
4.5.6	Betragsmässige Limite der Entschädigung	40
4.5.7	Zins	40
4.5.8	Verhältnis zum Zivilentscheid betreffend Schadenersatz	40
4.6	Vorschuss auf Entschädigung	41
4.7	Genugtuung	42
4.7.1	Anspruch auf Genugtuung	42
4.7.2	Bemessung der Genugtuung	42
4.7.3	Ausschluss oder Herabsetzung der Genugtuung bei Mitverschulden	43
4.7.4	Herabsetzung der Genugtuung bei Wohnsitz im Ausland	44
4.7.5	Abzug von Leistungen mit Genugtuungscharakter	44
4.7.6	Zins	44
4.7.7	Verhältnis zum Adhäsionsentscheid betreffend Genugtuung	45
5	VERHÄLTNIS OPFERHILFE UND SOZIALHILFE	46
6	REGRESS	47
7	INKRAFTTRETEN	49
ANHANG	WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND WEBSITES	50

1 ZIEL, INHALT UND AUFBAU DER EMPFEHLUNGEN

1.1 ZIEL DER EMPFEHLUNGEN

Die Empfehlungen sollen:

- a) Ein Arbeits- und Hilfsmittel für die praktische Anwendung des OHG sein.
- b) Eine möglichst einheitliche Anwendung des OHG in den Kantonen gewährleisten.
- c) Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und zwischen dem Bund und den Kantonen fördern.

Die Empfehlungen richten sich vorab an die in der Praxis mit dem OHG befassten Behörden, Personen und Institutionen. Dazu gehören namentlich: Opferberatungsstellen, kantonale Verwaltungsstellen, Anwältinnen und Anwälte usw.

1.2 INHALT UND AUFBAU DER EMPFEHLUNGEN

Die Empfehlungen äussern sich zum Anwendungsbereich des OHG (Opferbegriff und örtlicher Anwendungsbereich), zur Beratungshilfe und zur finanziellen Hilfe. Die Bestimmungen betreffend Schutz und Rechte des Opfers im Strafverfahren, die per 1. Januar 2011 (Inkrafttreten der eidgenössischen Strafprozessordnung) aufgehoben werden, werden in den Empfehlungen nicht behandelt. Die Rechte des Opfers im Strafverfahren sind ab dem 1. Januar 2011 ausschliesslich in der eidgenössischen Strafprozessordnung geregelt.

Der Aufbau der Empfehlungen folgt grundsätzlich der Gesetzssystematik. Im folgenden zweiten Kapitel wird auf den Opferbegriff eingegangen. Das dritte Kapitel befasst sich mit der Beratungshilfe und dem opferrechtlichen Anspruch auf finanzielle Soforthilfe sowie auf finanzielle Leistungen für die Soforthilfe und die längerfristige Hilfe Dritter. Im vierten Kapitel wird der opferrechtliche Anspruch auf Entschädigung und Genugtuung erörtert. Ausführungen zu gewissen Regelungen in der finanziellen Opferhilfe wie z.B. zum Grundsatz der Subsidiarität opferrechtlicher Leistungen zu Leistungen Dritter oder zur Übergangsregelung finden sich sowohl bei der Erörterung der finanziellen Leistungen im Rahmen der Beratungshilfe (Kapitel 3) als auch bei den Ausführungen zur Entschädigung und Genugtuung (Kapitel 4). Dem Verhältnis von Sozialhilfe und finanziellen opferrechtlichen Leistungen sowie dem Regress wird je ein separates Kapitel gewidmet (Kapitel 5 und Kapitel 6).

In den Empfehlungen wird vom revidierten Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 ausgegangen (OHG, in Kraft seit 1. Januar 2009). Auf das alte Opferhilferecht bzw.

das Opferhilfegesetz vom 4. Oktober 1991 (= aOHG) wird dort eingegangen, wo es gestützt auf die Übergangsregelung von Art. 48 OHG (noch) eine Rolle spielt (vgl. nachstehend Ziff. 1.3).

1.3 ANWENDBARES RECHT/ÜBERGANGSREGELUNG

Das revidierte Opferhilfegesetz vom 27. März 2007 ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

Im Bereich der finanziellen Opferhilfe gilt je nach Art der Leistung eine unterschiedliche Übergangsregelung (vgl. Art. 48 OHG):

Gesuche um Übernahme der Kosten für Soforthilfe Dritter bzw. von Kostenbeiträgen für längerfristige Hilfe Dritter werden nach dem zum **Zeitpunkt der Gesuchseinreichung** geltenden Recht beurteilt. Gesuche, die ab dem 1. Januar 2009 eingereicht werden, werden somit nach dem geltenden Opferhilfegesetz vom 27. März 2007 beurteilt. Gesuche, die am 31. Dezember 2008 bereits hängig waren, werden gestützt auf das Opferhilfegesetz vom 4. Oktober 1991 beurteilt (vgl. hinten Kapitel 3, Ziff. 3.3.1).

Das für die Beurteilung von Entschädigungs- und Genugtuungsgesuchen anwendbare Recht bestimmt sich nach dem **Zeitpunkt der Straftat**. Wurde die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt, so kommt das OHG vom 4. Oktober 1991 zur Anwendung. Zu Gunsten des Opfers gelten aber bereits für die ab dem 1. Januar 2007 verübten Straftaten die neuen Verwirkungsfristen gemäss Art. 25 OHG. Entschädigungs- und Genugtuungsansprüche für Straftaten ab dem 1. Januar 2009 werden gestützt auf das OHG vom 23. März 2007 beurteilt (vgl. hinten Kapitel 4 Ziff. 4.1).

2 OPFERBEGRIFF

2.1 GRUNKRITERIEN

Opfer gemäss Art. 1 Abs. 1 OHG ist jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist.

Die folgenden drei Kriterien müssen **kumulativ** erfüllt sein:

- a) Eine vorsätzliche oder fahrlässige Straftat nach schweizerischem Strafrecht liegt vor (vgl. hinten Ziff. 2.3 und Ziff. 2.6 ff.).
- b) Eine Person hat eine tatsächliche Beeinträchtigung ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität erlitten (vgl. hinten Ziff. 2.4).
- c) Die Beeinträchtigung ist eine unmittelbare Folge der Straftat (vgl. hinten Ziff. 2.5).

Bis der Sachverhalt in Bezug auf diese drei Kriterien erstellt ist, gilt eine hilfesuchende Person als Opfer. Dies muss zumindest für die ersten Beratungen durch eine Opferberatungsstelle gelten. Zu den Anforderungen an den Nachweis der Opfereigenschaft generell vgl. hinten Ziff. 2.8.

2.2 OPFERKATEGORIEN (OPFER UND ANGEHÖRIGE)

Gemäss Art. 1 Abs. 1 OHG hat jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist (Opfer), Anspruch auf Opferhilfe.

Anspruch auf Opferhilfe haben auch der Ehegatte oder die Ehegattin des Opfers, seine Kinder und Eltern sowie andere Personen, die ihm in ähnlicher Weise nahe stehen (Angehörige) (Art. 1 Abs. 2 OHG).

Kommentar

Angehörige im Sinne von Art. 1 Abs. 2 OHG sind etwa: Ehepartnerin, Ehepartner, eingetragene Partnerin oder Partner, Konkubinatspartnerin oder Konkubinatspartner, Kinder, Eltern und alle Personen, welche mit dem Opfer im konkreten Fall in vergleichbar enger Beziehung wie die erwähnten Verwandten stehen (z.B. Geschwister, Lebensgefährtin oder Lebensgefährte ohne gemeinsamen Wohnsitz, sehr enge Freundinnen oder Freunde). Es wird im Einzelfall zu prüfen sein, welche Personen – nebst EhegattInnen, eingetragenen PartnerInnen, KonkubinatspartnerInnen, Kindern und Eltern – dem Opfer in ähnlicher Weise nahestehen.

Den Angehörigen stehen grundsätzlich dieselben Rechte zu wie dem Opfer (z.B. Beratung Art. 12 OHG, Soforthilfe und längerfristige Hilfe Art. 13 OHG, Entschädigung Art. 19 Abs. 1 OHG, Genugtuung Art. 22 OHG, zu den Rechten der Angehörigen im Strafverfahren vgl. Art. 39 OHG).

Kommentar

Bei den opferrechtlichen Entschädigungs- und Genugtuungsansprüchen ist zu berücksichtigen, dass diese einen entsprechenden zivilrechtlichen Anspruch voraussetzen (vgl. Art. 19 Abs. 2 OHG und Art. 22 Abs. 1 OHG). Einen opferrechtlichen Entschädigungs- und Genugtuungsanspruch haben Angehörige deshalb – gleich wie Opfer – nur in den Fällen, in denen ihnen auch ein entsprechender zivilrechtlicher Anspruch zusteht.

In einzelnen opferrechtlichen Bestimmungen wird der Anspruch von Angehörigen gegenüber dem Anspruch des Opfers explizit eingeschränkt.

Beispiel

Die Genugtuungssumme ist für Opfer z.B. auf 70 000 Franken, für Angehörige auf 35 000 Franken begrenzt (vgl. Art. 23 Abs. 2 OHG). Bei Straftaten im Ausland haben Angehörige nur dann Anspruch auf Hilfe der Beratungsstellen und Kostenbeiträge, wenn sowohl sie als auch das Opfer im Zeitpunkt der Straftat und im Zeitpunkt der Gesuchstellung Wohnsitz in der Schweiz hatten (Art. 17 Abs. 1 OHG). Der Anspruch der Angehörigen hängt mit anderen Worten davon ab, ob auch das Opfer die Voraussetzungen erfüllt (nicht aber umgekehrt).

Personen, die nicht als Opfer oder Angehörige gelten, aber trotzdem durch die Straftat am Opfer psychisch beeinträchtigt wurden (z.B. ZeugInnen einer Straftat), sind keine Opfer gemäss OHG. Diese Personen können bei Bedarf eine Beratung durch die Beratungsstelle erhalten und/oder sie werden bei der Suche nach anderen, geeigneten Hilfsangeboten von dieser unterstützt.

Kommentar

Diese Bestimmung bedeutet keine Ausweitung des Anwendungsbereichs des OHG. Es geht lediglich darum, dass diese Personen (z.B. ZeugInnen einer Straftat) von den Beratungsstellen nicht einfach abgewiesen werden, sondern dass sie zumindest Adressen von anderen Hilfsangeboten erhalten. Diese Information kann sich durchaus auf einen einzigen Telefonanruf beschränken, es muss den Beratungsstellen jedoch auch möglich sein, die betroffenen Personen zu empfangen und eine Kurzberatung zu machen (zum Anspruch von Fachpersonen, z.B. Lehrpersonen, Vormundschaftsbehörden, auf Beratung vgl. hinten Kapitel 3, Ziff. 3.2).

2.3 STRAFTAT IM SINNE DES OHG

Als Straftat gemäss OHG gilt ein im Sinne des schweizerischen Strafgesetzbuches tatbestandsmässiges und rechtswidriges Verhalten, unabhängig davon, ob die Täterin oder der Täter ermittelt worden ist, sich schuldhaft verhalten hat oder vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat (vgl. Art. 1 Abs. 3 OHG).

Kommentar

Eine Straftat im Sinne des OHG liegt also auch vor, wenn die Täterin oder der Täter – trotz tatbestandsmässigem und rechtswidrigem Verhalten – wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen wird. Wird die Angeschuldigte oder der Angeschuldigte hingegen mit der Begründung freigesprochen, sein Verhalten erfülle keinen Straftatbestand oder es bestehe dafür ein Rechtfertigungsgrund (Notwehr, Notstand, Berufspflicht usw.), so liegt keine Straftat im Sinne des OHG vor.

Es ist unerheblich, ob die Straftat versucht oder vollendet wurde. Von Bedeutung ist vorab, dass durch ein strafrechtlich relevantes Verhalten eine tatsächliche Beeinträchtigung erfolgt ist (vgl. BGE 134 II 38; BGE vom 03.07.2008 Nr. 6B_479/2008, vgl. hinten Ziff. 2.4).

Kommentar

Weil die Opfereigenschaft eine tatsächliche Beeinträchtigung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität voraussetzt, führen so genannte Gefährdungsdelikte dann zur Anwendung des Opferhilfegesetzes, wenn eine Person dadurch auch effektiv in ihrer psychischen und/oder sexuellen Integrität beeinträchtigt worden ist. Der Straftatbestand der Drohung (Art. 180 StGB) begründet zum Beispiel Opfereigenschaft, wenn eine Person dadurch auch tatsächlich in ihrer psychischen Integrität beeinträchtigt wurde. Von einer Beeinträchtigung kann in der Regel dann ausgegangen werden, wenn die Drohungen im Kontext von häuslicher Gewalt und/oder Stalking erfolgen.

Eine Straftat im Sinn von Art. 1 Abs. 1 OHG setzt nicht nur die Verwirklichung des objektiven, sondern auch des subjektiven Straftatbestandes (vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln) voraus (vgl. BGE 134 II 33 ff.).

Für Opferhilfeleistungen ist die Einleitung bzw. Durchführung eines Strafverfahrens nicht Voraussetzung. Das Opfer kann namentlich auch nicht verpflichtet werden, Strafanzeige einzureichen oder einen Strafantrag zu stellen.

Kommentar

Opferhilfe, namentlich Beratungshilfe, kann also auch beansprucht werden, wenn die Täterin oder der Täter unbekannt oder flüchtig ist oder das Opfer keine Anzeige erstattet bzw. keinen Strafantrag stellt. Im Bereich der finanziellen Leistungen

kann sich der Verzicht auf ein Strafverfahren insofern auswirken, als dass insbesondere für eine opferrechtliche Entschädigung und/oder Genugtuung die Beweislage ungenügend ist (zu den Anforderungen an den Nachweis der Opfereigenschaft vgl. hinten Ziff. 2.8).

2.4 BEEINTRÄCHTIGUNG DER KÖRPERLICHEN, PSYCHISCHEN ODER SEXUELLEN INTEGRITÄT

Eine Beeinträchtigung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität liegt vor, wenn sich der körperliche und/oder psychische Zustand einer Person infolge der Straftat vorübergehend oder dauernd nachteilig verändert.

Nur tatsächliche Beeinträchtigungen von einer bestimmten Intensität vermögen die Opferstellung zu begründen.

Kommentar

Entscheidend ist, ob die Beeinträchtigung der Geschädigten oder des Geschädigten in ihrer/seiner körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität das legitime Bedürfnis begründet, die Hilfsangebote und die Schutzrechte des Opferhilfegesetzes – ganz oder zumindest teilweise – in Anspruch zu nehmen (vgl. BGE 131 I 460; 129 IV 218; 128 I 220 und 221; 125 II 268).

Beispiel

Eine einmalige Ohrfeige zum Nachteil einer erwachsenen Person genügt für sich alleine nicht, um die Opferstellung zu begründen. Mehrfache Tätlichkeiten im Kontext von häuslicher Gewalt, regelmässige körperliche Züchtigung in Form von «Körperstrafen» zum Nachteil von Kindern oder Drohungen und Nachstellungen im Kontext von häuslicher Gewalt oder Stalking können aber durchaus ausreichen, um eine Opferstellung zu begründen.

Die Beeinträchtigung kann sofort nach der Straftat oder zu einem späteren Zeitpunkt erstmals oder erneut auftreten.

Beispiel

Ein Auftreten der Beeinträchtigung zu einem späteren Zeitpunkt kann z.B. durch belastende Situationen im Strafverfahren oder durch andere Erlebnisse, die das Opfer an die Straftat erinnern, erfolgen.

So kann es durchaus vorkommen, dass die im genannten Sinn in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Delikt stehende Beeinträchtigung Jahre nach dem Delikt – wieder oder erstmals – auftritt. Gerade bei sexueller Ausbeutung in der Kindheit werden die traumatischen Erlebnisse oft jahrelang verdrängt, bis die Erinnerung durch ein bestimmtes Ereignis (z.B. Eintritt der eigenen Kinder in die Pubertät, Betroffene in der näheren Umgebung, erneute Traumatisierung durch andere Ereignisse, Thematisierung der Problematik in den Medien) wieder aufbricht.

2.5 UNMITTELBARKEIT DER BEEINTRÄCHTIGUNG

Die Beeinträchtigung der körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität muss unmittelbare Folge der Straftat sein (vgl. BGE 125 II 268; BGE vom 20.02.2007 Nr. 6S.543/2006; BGE vom 24.11.2005 Nr. 6S.437/2005).

Unmittelbar ist eine Beeinträchtigung, wenn der in Frage stehende Straftatbestand den Schutz der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität (mit-)bezweckt (vgl. BGE 129 IV 95 ff.).

Im Wesentlichen führen somit strafbare Handlungen gegen Leib und Leben (Art. 111 ff. StGB), gegen die Freiheit (Art. 180 ff. StGB) und gegen die sexuelle Integrität (Art. 187 ff. StGB) zur Anwendung des OHG (zu den Straftatbeständen im Einzelnen vgl. hinten Ziff. 2.6).

Kommentar

Fast jede Straftat, z.B. auch Diebstahl oder Betrug, kann eine psychische Beeinträchtigung der geschädigten Person zur Folge haben. Mit dem Erfordernis der Unmittelbarkeit wird verdeutlicht, dass nur Straftatbestände zum Schutz der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität zur Anwendung des OHG führen können. Delikte gegen das Vermögen (Art. 137 ff. StGB, Ausnahme: Raub und Erpressung (Art. 140 und 156 StGB), beide Straftatbestände dienen auch dem Schutz der körperlichen bzw. psychischen Integrität), gegen die Ehre, den Geheim- oder Privatbereich (Art. 173 ff. StGB) oder gegen die Rechtspflege (Art. 303 ff. StGB) begründen z.B. mangels unmittelbarer Beeinträchtigung keine Opferstellung.

2.6 OPFERRECHTLICH RELEVANTE STRAFTATBESTÄNDE

Zur Anwendung des OHG führen grundsätzlich Straftatbestände zum Schutz von Leib und Leben (Art. 111 ff. StGB), der Freiheit (Art. 180 ff. StGB) und der sexuellen Integrität (Art. 187 ff. StGB). In Frage kommen insbesondere folgende Straftatbestände:

- a) Tötung (auch bei Verkehrsunfällen); Art. 111 – 117 StGB
- b) Körperverletzung (auch bei Verkehrsunfällen); Art. 122, 123, 125 StGB
- c) Kindsmisshandlungen; Art. 122, 123, 126 StGB
- d) Raub; Art. 140 StGB
- e) Erpressung; Art. 156 StGB
- f) Drohung; Art. 180 StGB
- g) Nötigung; Art. 181 StGB
- h) Menschenhandel; Art. 182 StGB
- i) Freiheitsberaubung und Entführung; Art. 183, 184 StGB
- j) Geiselnahme; Art. 185 StGB

- k) Sexuelle Handlungen mit Kindern; Art. 187 StGB
- l) Sexuelle Handlungen mit Abhängigen; Art. 188 StGB
- m) Sexuelle Nötigung; Art. 189 StGB
- n) Vergewaltigung; Art. 190 StGB
- o) Schändung; Art. 191 StGB
- p) Sexuelle Handlungen mit Anstaltspfleglingen, Gefangenen, Beschuldigten; Art. 192 StGB
- q) Ausnützung einer Notlage; Art. 193 StGB
- r) Exhibitionismus; Art. 194 StGB
- s) Förderung der Prostitution; Art. 195 StGB
- t) Pornografie; Art. 197 StGB
- u) Sexuelle Belästigung; Art. 198 StGB
- v) Entziehen von Unmündigen; Art. 220 StGB

Kommentar

Die Auflistung beschränkt sich auf die häufigsten Fälle («insbesondere»), was nicht heisst, dass keine anderen Straftaten in Frage kommen, wenn die übrigen Grundkriterien (vgl. vorn Ziff. 2.1) erfüllt sind.

Ein massgebliches Kriterium für die Bejahung der Opferstellung ist die Intensität der Beeinträchtigung durch die Straftat. Strafrechtliche Bagatelldelikte führen in der Regel nicht zur Anwendung des OHG. Je nach Kontext können aber auch Bagatelldelikte wie Tötlichkeiten (Art. 126 StGB) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198 StGB) Opferstellung begründen, vgl. vorn Ziff. 2.4.

Begeht eine medizinische Fachperson (z.B. Ärztin/Arzt, Psychiaterin/Psychiater, Psychologin/Psychologe) bei der Behandlung einen Fehler, welcher die physische oder psychische Integrität verletzt, kann dies einen Anspruch auf Opferhilfe begründen, sofern eine strafrechtlich relevante Sorgfaltspflichtverletzung vorliegt.

Häusliche Gewalt/Stalking/Zwangsheirat: Für die Frage, ob eine von häuslicher Gewalt, Stalking oder Zwangsheirat betroffene Person Opfer im Sinne des OHG ist, ist ausschlaggebend, ob ein bestimmtes Verhalten einem opferrechtlich relevanten Straftatbestand entspricht. Verhaltensweisen wie z.B. übermässiges Kontrollieren, Demütigen bzw. Beschimpfen oder jemandem Nachstellen oder jemanden (telefonisch) Belästigen für sich allein können keine Opfereigenschaft begründen. Es müssen vielmehr opferrechtlich relevante Straftatbestände wie z.B. derjenige der Drohung (Art. 180 StGB), der Nötigung (Art. 181 StGB) oder der Tötlichkeiten (Art. 126 StGB) erfüllt sein.

2.7 MITVERSCHULDEN DES OPFERS

Mitverschulden schliesst die Opferstellung nicht aus. Bei der Entschädigung und Genugtuung kann ein Mitverschulden zu einer Herabsetzung oder einem Ausschluss der genannten Leistungen führen (Art. 27 OHG, vgl. dazu hinten Kapitel 4, Ziff. 4.5.5 und Ziff. 4.7.3).

2.8 ANFORDERUNGEN AN DEN NACHWEIS DER OPFEREIGENSCHAFT

2.8.1 Unterschiedliche Anforderungen je nach Leistung

Die Anforderungen an den Nachweis der Opfereigenschaft sind je nach Art und Umfang der beanspruchten Hilfe sowie je nach Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Hilfe unterschiedlich hoch (vgl. BGE 122 II 216 und 321; 125 II 265 ff.; sowie BGE 134 II 33 ff; BGE vom 29.01.2008 Nr. 1B_278/2007). Folgende drei Stufen können unterschieden werden:

- a) Beratung i.e.S. (= sofortige und längerfristige Beratung durch Beratungsstelle selbst, ohne finanzielle Leistungen) und finanzielle Soforthilfe
- b) Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter
- c) Entschädigung und Genugtuung

Anforderungen an den Nachweis bei Beratungshilfe und finanzieller Soforthilfe:

Für die Inanspruchnahme von Beratungshilfe sowie die Ausrichtung von finanzieller Soforthilfe genügt es grundsätzlich, wenn die Opfereigenschaft in Betracht fällt. Ausschlaggebend für die Beurteilung des Anspruchs ist somit, ob die Opfereigenschaft glaubhaft gemacht werden kann.

Anforderungen an den Nachweis bei Kostenbeiträgen für längerfristige Hilfe Dritter:

Für die Prüfung des Anspruchs auf Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter kann im Vergleich zum Anspruch auf Beratungs- und Soforthilfe ein höheres Beweismass verlangt werden: Die Opferstellung muss hier wahrscheinlich sein. Die für die Anspruchsprüfung zuständige Stelle muss davon überzeugt sein, dass das Vorliegen einer opferrechtlich relevanten Straftat wahrscheinlicher ist als das Nichtvorliegen einer solchen. Es müssen mit anderen Worten mehr Argumente für das Vorliegen einer die Opferstellung begründenden Straftat sprechen als dagegen.

Kommentar

Kommt die zuständige Stelle in einem späteren Zeitpunkt zum Schluss, dass das Opferhilfegesetz im konkreten Fall – entgegen einer früheren Einschätzung – nicht anwendbar ist, so ist von weiteren Hilfeleistungen abzusehen. Eine Rückforderung der bereits geleisteten Beiträge für Beratungshilfe ist, mit Ausnahme von rechtsmissbräuchlich erlangten Beiträgen, indes nicht vorgesehen.

Anforderungen an den Nachweis bei Entschädigung und Genugtuung:

Bei der Ausrichtung von Entschädigung und Genugtuung ist in Anlehnung an das Sozialversicherungsrecht vom Beweisgrad der überwiegenden Wahrscheinlichkeit auszugehen. Die Wahrscheinlichkeit, die für die Bejahung der Opfereigenschaft spricht, muss so hoch sein, dass für die Verwirklichung anderer Sachverhaltsversionen kein ernst zu nehmender Raum verbleibt. Eine andere Sachverhaltsversion ist mit anderen Worten zwar möglich, darf aber nicht massgeblich in Betracht fallen. In Zahlen ausgedrückt, muss hier mit einer Wahrscheinlichkeit von mindestens 75 % von der Opfereigenschaft ausgegangen werden können.

Bei einem Gesuch um Bevorschussung der Entschädigung sind die Voraussetzungen der Entschädigung und damit auch die Opfereigenschaft nur summarisch zu prüfen, d.h. es genügt, wenn die Opferstellung glaubhaft erscheint (d.h. gleiches Beweismass wie für die Beratungs- und die Soforthilfe, Art. 21 OHG, lit. a). Die Voraussetzungen für die Ausrichtung eines Vorschusses (Dringlichkeit der Hilfe, vgl. Art. 21 OHG, lit. b) müssen dagegen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit gegeben sein (zum Anspruch auf Vorschuss vgl. auch hinten Kapitel 4 Ziff. 4.6).

Kommentar

Weil unterschiedliche Beweisanforderungen gelten, kann es sein, dass für Beratungshilfe, Soforthilfe und Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe von einem rechtsgenügenden Nachweis der Opfereigenschaft ausgegangen wird, für die Ausrichtung einer Entschädigung und Genugtuung der Nachweis hingegen nicht genügt. Entsprechend kann im gleichen Fall z.B. Beratungs- und Soforthilfe erfolgen, während andere, an einen strengeren Nachweis knüpfende Leistungen verweigert werden.

Die zuständige Behörde kann nicht verlangen, dass ein Strafverfahren eingeleitet wird.

Wird von einem Strafverfahren abgesehen, besteht allerdings in den Fällen, in denen keinerlei Spuren oder andere Indizien bzw. Anhaltspunkte vorhanden sind, das Risiko, dass die Straftat auch für das Opferhilfeverfahren nicht rechtsgenügend nachgewiesen werden kann.

Wird kein Strafverfahren durchgeführt, hat die zuständige Behörde den Sachverhalt selbst zu ermitteln (zum Untersuchungsgrundsatz und der Mitwirkungspflicht der gesuchstellenden Person vgl. hinten Kapitel 4 Ziff. 4.3.2).

Kommentar

Die Schilderungen der gesuchstellenden Person sind mittels Arztberichten, Akten der Sozialversicherungen o.ä. so gut wie möglich zu überprüfen.

Für die Inanspruchnahme der strafprozessualen Rechte gemäss Art. 34 ff. OHG genügt es, wenn eine opferrechtlich relevante Straftat in Betracht fällt und deswegen ein Strafverfahren eröffnet wurde (strafprozessualer Opferbegriff).

2.8.2 Verhältnis zum Strafscheid

Wird ein Strafverfahren durchgeführt, ergeben sich die Anhaltspunkte zum Vorliegen der Opfereigenschaft daraus. In Bezug auf die tatsächlichen Feststellungen weicht die Verwaltungsbehörde nicht ohne Not von den tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts ab (BGE 124 II 13 ff.). In der Beurteilung von Rechtsfragen ist die Opferhilfebehörde dagegen grundsätzlich frei.

Kommentar

Rechtsfrage ist beispielsweise die Frage, ob durch ein bestimmtes Verhalten in einem konkreten Fall der objektive und subjektive Straftatbestand erfüllt sind (= rechtliche Qualifikation eines Verhaltens).

Wenn es zu einer Verurteilung der Angeklagten oder des Angeklagten wegen einer opferrechtlich relevanten Straftat kommt, so ist regelmässig auch im Opferhilfeverfahren von der Opfereigenschaft auszugehen.

Ergeht der Freispruch, weil das Gericht zum Schluss gelangt, das in Frage stehende Verhalten erfülle keinen opferrechtlich relevanten Straftatbestand, werden in der Regel auch opferrechtliche Leistungen nicht in Frage kommen. Weil es sich bei der rechtlichen Qualifikation eines Verhaltens wie bereits erwähnt um eine Rechtsfrage handelt, könnte die Opferhilfebehörde aber – namentlich wenn die rechtlichen Erwägungen des Gerichts nicht nachvollziehbar sind – auch zu einem anderen Schluss gelangen.

Wenn es gestützt auf den Grundsatz «Im Zweifel für den Angeklagten» (= in dubio pro reo) zu einem Freispruch der Angeklagten oder des Angeklagten kommt, sind Leistungen nach OHG je nach Sachlage nicht ausgeschlossen. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob die Voraussetzungen nach OHG erfüllt sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass je nach Leistung unterschiedliche Anforderungen an den Nachweis der Opfereigenschaft gelten (vgl. vorn Ziff. 2.8.1).

Das Gleiche gilt, wenn das Strafverfahren mit der Begründung eingestellt wird, es fehle aufgrund der Beweislage an einem hinreichenden Tatverdacht. Zumindest Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen werden aber in diesem Fall kaum in Frage kommen.

3 BERATUNG

Die Kantone sorgen dafür, dass fachlich selbstständige öffentliche oder private Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Dabei tragen sie den besonderen Bedürfnissen verschiedener Opferkategorien Rechnung (Art. 9 OHG).

Die Beratungsstellen haben die Aufgabe, die Opfer und ihre Angehörigen zu beraten und sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen. Die Beratungsstellen leisten dem Opfer und seinen Angehörigen sofort Hilfe für die dringendsten Bedürfnisse, die als Folge der Straftat entstehen (Soforthilfe). Sie leisten dem Opfer und dessen Angehörigen soweit nötig zusätzliche Hilfe, bis sich der gesundheitliche Zustand der betroffenen Person stabilisiert hat und bis die übrigen Folgen der Straftat möglichst beseitigt oder ausgeglichen sind (längerfristige Hilfe). Die Beratungsstellen können die Soforthilfe und die längerfristige Hilfe durch Dritte erbringen lassen (Art. 12 ff. OHG).

Beratung im Sinne von Art. 12 ff. OHG umfasst somit:

- a) Beratung im engeren Sinne (Beratung i.e.S., umfasst sofortige und längerfristige Beratung)
- b) Ausrichtung von finanzieller Soforthilfe
- c) Übernahme der Kosten für Soforthilfe Dritter
- d) Kostenbeiträge an längerfristige Hilfe Dritter

3.1 ÖRTLICHER UND ZEITLICHER GELTUNGSBEREICH UND ZUSTÄNDIGKEIT INNERHALB EINES KANTONS

Wird die Straftat in der Schweiz verübt, so haben Opfer unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Aufenthaltsstatus Anspruch auf Leistungen gemäss Art. 12 ff. OHG.

Wird eine Person mit Wohnsitz im Ausland in der Schweiz Opfer einer Straftat, so werden die Kosten für Hilfeleistungen Dritter nur übernommen, sofern die Hilfe in der Schweiz selbst benötigt wird. Ausnahme: Heilungskosten werden – sofern die übrigen Voraussetzungen vorliegen – auch übernommen, wenn die medizinische Versorgung im Ausland erfolgt (vgl. Art. 14 OHG).

Bei einer im Ausland verübten Straftat besteht dann Anspruch auf Beratung im Sinne von Art. 12 ff. OHG, wenn das Opfer sowohl im Zeitpunkt der Straftat als auch im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Hilfe Wohnsitz in der Schweiz hatte. Bei Angehörigen des Opfers wird vorausgesetzt, dass sie und das Opfer selbst sowohl im Zeitpunkt der Straftat als auch im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Hilfe Wohnsitz in der Schweiz hatten (vgl. Art. 17 OHG).

Die Leistungen gemäss Art. 12 ff. OHG können unabhängig vom Zeitpunkt der Tatbegehung in Anspruch genommen werden (Art. 15 Abs. 2 OHG). Es gilt namentlich keine Verwirkungsfrist wie bei der Entschädigung und bei der Genugtuung.

Zuständige Stelle innerhalb eines Kantons: Welche Stelle die obgenannten Beratungsleistungen erbringt, hängt von der innerkantonalen Zuständigkeitsregelung ab (vgl. jeweilige kantonale Einführungsgesetzgebung zum OHG).

3.2 BERATUNG I.E.S.

3.2.1 Organisation und Umfang

Die anerkannten privaten oder öffentlichen Opferhilfe-Beratungsstellen (im folgenden: Beratungsstellen) sind in ihrer Beratungstätigkeit i.e.S. fachlich selbständig (Art. 9 Abs. 1 OHG) und deshalb in fachlicher Hinsicht grundsätzlich unabhängig.

Kommentar

Die Kantone sind in der Wahl der Organisationsform der Beratungsstellen frei (privat oder öffentlich). Was dagegen die Beratungstätigkeit i.e.S. (die ja keine finanziellen Leistungen umfasst) anbelangt, müssen die Beratungsstellen einen gewissen Spielraum haben, d.h. fachlich selbständig sein. Das Erteilen von Weisungen in einem konkreten, hängigen Beratungsfall ist deshalb grundsätzlich nicht zulässig. Im Rahmen der Aufsicht zulässig sind dagegen generelle, nicht auf einen Einzelfall bezogene Weisungen und Richtlinien zur rechtsgleichen Anwendung des OHG.

Die Beratung muss von fachlich qualifizierten Personen erbracht werden. Vorausgesetzt wird, dass die in einer Beratungsstelle tätigen Personen über eine geeignete Aus- und Fortbildung im Bereich der Opferhilfe verfügen oder sich entsprechende Kenntnisse aneignen.

Die Beratung i.e.S. umfasst in der Regel – einen entsprechenden Bedarf vorausgesetzt – mindestens folgende Leistungen:

- a) Gesprächsangebot mit erster Standortbestimmung
- b) Umfassende Information über Rechte und Ansprüche des Opfers und seiner Angehörigen sowie über weitere geeignete Hilfsangebote
- c) Planung weiterer Schritte und/oder Ergreifen weiterer Massnahmen in Zusammenarbeit mit dem Opfer (z.B. Vermittlung einer Notunterkunft)
- d) Unterstützung des Opfers bei der Wahrnehmung seiner Rechte oder Vermittlung entsprechender Hilfe (Art. 12 Abs. 1 OHG)

Kommentar

Bei diesen Anforderungen handelt es sich um ein Minimal-Angebot, das selbstverständlich bei Bedarf auch eine länger dauernde psychosoziale Unterstützung und Begleitung des Opfers durch die Beratungsstellen nicht ausschliesst. Grundsätzlich haben Opfer Anspruch auf Unterstützung durch die Beratungsstellen selbst oder beigezogene Dritte (vgl. nachstehend Absatz 4), bis sich ihr gesundheitliche Zustand stabilisiert hat und die übrigen Folgen der Straftat möglichst beseitigt oder ausgeglichen sind (vgl. Art. 13 Abs. 2 OHG und dazu auch hinten Ziff. 3.3.3).

Kann die Beratungsstelle gewisse Leistungen nicht selber erbringen, zieht sie im Rahmen der kantonalen Vorgaben geeignete Dritte (Fachpersonen) bei (vgl. Art. 13 Abs. 3 OHG).

Die Opferhilfe eines Kantons muss so organisiert sein, dass Opfer und Angehörige innert angemessener Frist Soforthilfe erhalten können (vgl. Art. 15 Abs. 1 OHG).

Kommentar

Diese Bestimmung besagt nicht, dass die Beratungsstellen 24 Stunden am Tag geöffnet sein oder einen Pikettdienst einrichten müssen. Es geht lediglich darum, sicher zu stellen, dass ein Opfer im Notfall nicht allein gelassen wird. Diese Aufgabe kann z.B. von der Dargebotenen Hand, der Notfallstation eines Spitals, einem Care Team oder von der Polizei wahrgenommen werden. Zudem ist anzumerken, dass in der Praxis Fälle, in denen unmittelbar nach dem Delikt solche Leistungen beansprucht werden, ohnehin sehr selten sind.

Die Beratungsstellen informieren und beraten auch weitere in der Opferhilfe tätige oder mit einem Opferhilfe-Fall konfrontierte Personen und Institutionen (z.B. LehrerInnen, ErzieherInnen, PfarrerInnen, ÄrztInnen, Sozialdienste, Vormundschaftsbehörden).

3.2.2**Schweigepflicht**

Mitarbeitende einer Beratungsstelle sind sowohl gegenüber Behörden als auch gegenüber Privaten an eine strenge Schweigepflicht gebunden. Die Schweigepflicht gilt auch nach Beendigung der Mitarbeit bei der Beratungsstelle (Art. 11 Abs. 1 OHG).

Kommentar

Die Schweigepflicht gemäss Art. 11 OHG gilt ausschliesslich für die Beratungsstellen. Für die Beurteilung von Gesuchen um finanzielle Leistungen gemäss Art. 12 ff. OHG zuständige Verwaltungsbehörden sind dagegen nicht an die Schweigepflicht gebunden. Sie unterstehen lediglich dem Amtsgeheimnis.

Die Schweigepflicht darf grundsätzlich nur aufgehoben werden, wenn die beratene Person damit einverstanden ist (Art. 11 Abs. 2 OHG).

Kommentar

Anders als beim Arztgeheimnis kann nur das Opfer selbst eine Beratungsstelle von der Schweigepflicht entbinden, nicht aber die Aufsichtsbehörde der Beratungsstelle. Bei einem urteilsunfähigen Opfer haben an Stelle des Opfers die (nicht tatverdächtigen) Eltern oder der Beistand oder die Vormünderin oder der Vormund über die Entbindung zu entscheiden.

Gegen den Willen der beratenen Person ist eine Durchbrechung der Schweigepflicht nur zulässig zum Schutz von Minderjährigen vor weiteren Straftaten. Vorausgesetzt wird eine ernsthafte Gefährdung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität eines minderjährigen Opfers oder einer anderen unmündigen Person (Art. 11 Abs. 3 OHG).

Von einer ernsthaften Gefährdung im Sinne von Art. 11 Abs. 3 OHG ist auszugehen, wenn konkrete und gewichtige Anhaltspunkte dafür bestehen, dass das minderjährige Opfer selbst oder andere Minderjährige mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Übergriffe erleiden werden. Ist dies der Fall, haben Mitarbeitende einer Beratungsstelle das Recht, die Vormundschaftsbehörde zu informieren oder Strafanzeige zu erstatten.

Kommentar

Die Mitarbeitenden sind, wenn die genannten Voraussetzungen gegeben sind, zu einer Meldung berechtigt, nicht aber verpflichtet. Eine Meldung gegen den Willen des Opfers sollte ultima ratio sein und nur dann erfolgen, wenn dies im konkreten Fall für den Schutz des Opfers oder anderer Minderjähriger unabdingbar ist. Von der Ausübung des Melderechts sollte namentlich dann abgesehen werden, wenn im konkreten Fall nicht davon ausgegangen werden kann, dass weitere Übergriffe auf das minderjährige Opfer oder andere Minderjährige durch eine Meldung an die Vormundschaftsbehörde oder die Strafbehörde verhindert werden können.

Will das Opfer finanzielle Leistungen (Soforthilfe, Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe (vgl. nachstehend Ziff. 3.3.) in Anspruch nehmen, so muss es seine Personalien gegenüber der für die Beurteilung zuständigen Stelle offen legen. Entsprechende Gesuche können somit nicht – auch nicht unter Berufung auf die Schweigepflicht der Beratungsstellen – anonym eingereicht werden.

3.3**FINANZIELLE LEISTUNGEN IM RAHMEN VON ART. 12 FF. OHG**

Für die Beurteilung von Ansprüchen auf finanzielle Leistungen gemäss Art. 12 ff. OHG gelten grundsätzlich die gleichen Verfahrensregeln wie für die Beurteilung von Entschädigungs- und Genugtuungsansprüchen gemäss Art. 19 ff. OHG, vgl. hinten Ziff. 4.3.

3.3.1 Übergangsregelung/anwendbares Recht

Gesuche um finanzielle Leistungen gestützt auf Art. 12 ff. OHG (Soforthilfe und Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter) werden nach dem zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung geltenden Recht beurteilt (vgl. Art. 48 lit. b OHG).

Gesuche die am 1. Januar 2009 oder später eingereicht werden, sind gestützt auf das Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 (OHG, in Kraft seit 1. Januar 2009) zu beurteilen.

Gesuche, die vor dem 1. Januar 2009, d.h. bis am 31. Dezember 2008 eingereicht wurden, sind gestützt auf das Opferhilfegesetz vom 4. Januar 1991 (= aOHG) zu beurteilen.

Kommentar

Im Bereich der finanziellen Leistungen gemäss Art. 12 ff. OHG hat sich gegenüber dem früheren Recht und der dazu entwickelten Praxis nicht viel verändert. Verdeutlicht wurde die Abgrenzung zu den Entschädigungsleistungen. Neu enthält das Opferhilferecht sodann eine ausdrückliche Bestimmung, wonach die Übernahme von Anwaltskosten in jedem Fall gestützt auf Art. 12 ff. OHG (Soforthilfe oder Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe) zu prüfen ist (vgl. Art. 5 OHV), was der bisherigen Praxis vieler Kantone bereits entspricht.

Die meisten Kantone haben sodann bei der Prüfung des Anspruchs auf Übernahme von weiteren Kosten gemäss Art. 3 aOHG (heute: Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe) auch auf die finanziellen Verhältnisse der gesuchstellenden Person abgestellt und dabei die Bestimmungen zur Entschädigung gemäss Art. 12 aOHG analog angewendet. Hier weicht nun das neue OHG von der Praxis unter dem alten Recht ab: Zu Gunsten des Opfers wird bei der Frage, ob ein Opfer einen Anspruch auf einen Kostenbeitrag für längerfristigen Hilfe hat, neu nicht mehr auf den einfachen, sondern auf den doppelten massgebenden Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf abgestellt (vgl. Art. 16 lit. a OHG und hinten Ziff. 3.3.3).

3.3.2 Soforthilfe

Soforthilfe dient dazu, die aus einer Straftat resultierenden dringendsten Bedürfnisse abzudecken. Sie kann dann in Anspruch genommen werden, wenn als Folge der Straftat dringender Handlungsbedarf besteht. Es handelt sich somit im Wesentlichen um Erste-Hilfe-Massnahmen. In Frage kommen insbesondere Kosten für: Anwaltliche Erstberatung, therapeutische und medizinische Erste-Hilfe-Massnahmen, Notunterkunft, Haushaltshilfe, Betreuungshilfe.

Kommentar

Nicht jede Person hat nach einer Straftat automatisch Anspruch auf finanzielle Soforthilfe, sondern nur diejenigen, die durch die Straftat in eine Situation geraten

sind, in welcher sie auf sofortige Unterstützung dringend angewiesen sind. Die Überprüfung dieses Erfordernisses erfolgt durch die kantonal zuständige Stelle, in vielen Kantonen ist das eine Beratungsstelle.

Die Soforthilfe ist für das Opfer unentgeltlich, unabhängig davon, ob sie durch eine Beratungsstelle selbst oder durch Dritte erbracht wird (Art. 5 OHG). Auch Opfer in guten finanziellen Verhältnissen haben deshalb Anspruch auf vollständige Übernahme der ihnen entstandenen Kosten für die Soforthilfe Dritter.

Kommentar

*Bekanntermassen sehr gute finanzielle Verhältnisse **können** aber im Rahmen der Prüfung der Notwendigkeit bzw. Dringlichkeit der Hilfe berücksichtigt werden.*

Auch Leistungen im Rahmen der Soforthilfe sind subsidiär zu Leistungen Dritter, wie z.B. der Kranken- und Unfallversicherung (vgl. Art. 4 Abs. 1 OHG und hinten Ziff. 3.4).

Finanzielle Soforthilfe umfasst mindestens:

- a) 21 Tage Notunterkunft
- b) 21 Tage Überbrückungsgeld
(zum Verhältnis Opferhilfe/Sozialhilfe vgl. hinten Kapitel 5)
- c) 4 Stunden anwaltliche Beratung
- d) 10 psychotherapeutische Sitzungen
- e) medizinische Erstversorgung
- f) dringende Transport-, Reparatur- und Sicherungskosten
- g) Übersetzungskosten

Kommentar

Gemäss dem Wunsch vieler Kantone werden detaillierte Angaben über Art und Umfang der Soforthilfe gemacht. Selbstverständlich erhält das Opfer aus dieser Angebotspalette nur das, was es infolge der Straftat dringend benötigt. Wird eine Person nach der Inanspruchnahme von finanzieller Soforthilfe wieder Opfer, so kann für die im Zusammenhang mit der/den neuen Straftat/en entstandene Hilfsbedürftigkeit erneut Soforthilfe ausgerichtet werden.

Diese Leistungen werden nach Möglichkeit von den Beratungsstellen selbst im Rahmen ihrer finanziellen Kompetenz erbracht. Je nach kantonaler Regelung ist für weitergehende Anträge unter dem Titel «Soforthilfe» nicht die Beratungsstelle, sondern eine andere Stelle im Kanton zuständig.

3.3.3 Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter

Benötigt das Opfer zur Bewältigung der Folgen der Straftat längerfristige Hilfe Dritter, übernehmen die kantonale zuständigen Stellen je nach den finanziellen Verhältnissen des Opfers die Kosten dafür ganz oder teilweise (= Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe, vgl. Art. 16 OHG, früher: weitere Kosten gemäss Art. 3 Abs. 4 aOHG). In Frage kommen insbesondere Kosten für: Anwaltliche Hilfe und Vertretung, therapeutische und medizinische Hilfe, Notunterkunft und Haushalts- oder Betreuungshilfe, Übersetzungskosten im Kontext eines Aufenthalts in einer Notunterkunft bzw. im Kontext von anwaltlicher oder therapeutischer Hilfe.

Als längerfristige Hilfe gilt jede über die Soforthilfe hinaus gehende zusätzliche Hilfe, die geleistet wird, bis sich der gesundheitliche Zustand (dazu gehört auch die psychische Befindlichkeit) stabilisiert hat und die übrigen Folgen der Straftat möglichst beseitigt oder ausgeglichen sind (Art. 13 Abs. 2 OHG). Von einer Stabilisierung des Gesundheitszustands wird dann ausgegangen, wenn von der Fortsetzung einer Behandlung oder Therapie keine namhafte Besserung des Gesundheitszustandes mehr erwartet werden kann. Dient eine medizinische oder therapeutische Massnahme allein noch der Aufrechterhaltung eines grundsätzlich nicht mehr besserungsfähigen Zustands, so ist die Übernahme der entsprechenden Kosten (z.B. Pflegekosten, Kosten für Haushalts- und Betreuungshilfe, Therapiekosten) unter dem Titel der Entschädigung zu prüfen (vgl. dazu auch hinten Kapitel 4, Ziff. 4.5.2)

Bei der Frage, ob die Opferhilfe Kostenbeiträge für die längerfristige Hilfe Dritter übernehmen kann oder nicht, sind neben den finanziellen Verhältnissen namentlich auch die Notwendigkeit, die Geeignetheit und die Angemessenheit einer Hilfeleistung bzw. Massnahme zu berücksichtigen.

Bei der Prüfung der Frage, ob eine Hilfeleistung bzw. Massnahme im konkreten Fall notwendig, geeignet und angemessen ist, ist primär die konkrete Situation und die Hilfsbedürftigkeit des Opfers massgebend. Zu berücksichtigen ist insbesondere:

- a) der Grad der Beeinträchtigung des Opfers durch die Straftat
- b) die Möglichkeit und Fähigkeit des Opfers, die Folgen der Straftat zu bewältigen
- c) die körperliche und geistige Gesundheit des Opfers
- d) Sprach- und Rechtskenntnisse des Opfers
- e) Wirksamkeit und Erfolgsaussichten einer bestimmten Hilfeleistung bzw. Massnahme
- f) die Möglichkeit des Opfers zur Schadensminderung im Rahmen des Zumutbaren.

Die Kosten werden ganz übernommen, wenn die anrechenbaren Einnahmen des Opfers unter dem doppelten ELG-Betrag liegen (Art. 16 lit. a OHG). Übersteigen die anrechenbaren Einnahmen den vierfachen ELG-Betrag, so besteht kein Anspruch auf einen Kostenbeitrag (Art. 6 Abs. 1 OHG). Liegen die anrechenbaren Einnah-

men zwischen dem doppelten und dem vierfachen ELG-Höchstbetrag, so werden die Kosten anteilmässig übernommen (Art. 16 lit. b OHG, Art. 3 OHV).

Bei der Ermittlung der anrechenbaren Einnahmen wird grundsätzlich auf Art. 11 ELG abgestellt. Anders als bei der Bedarfsermittlung gemäss ELG werden aber in der Opferhilfe die Einnahmen (z.B. Taggelder und Renten) lediglich zu zwei Dritteln angerechnet (zu 100% angerechnet werden einzig die Vermögenserträge). Das Vermögen wird dagegen neu anders als im Ergänzungsleistungsrecht nicht zu einem Fünftel, sondern zu einem Zehntel angerechnet, soweit es das Doppelte der massgebenden Freibeträge nach Art. 11 Abs. 1 lit. c ELG übersteigt (vgl. Art. 1 OHV).

Die finanziellen Verhältnisse von sehr nahestehenden, i.d.R. unterhaltspflichtigen Personen (Eltern, EhegattIn, eingetrageneR PartnerIn, KonkubinatspartnerIn), die im gleichen Haushalt wie das Opfer leben, werden ebenfalls berücksichtigt (Art. 2 Abs. 2 OHV). Handelt es sich bei der unterhaltspflichtigen Person um die Täterin oder den Täter, so wird dessen oder deren finanzielle Situation nicht berücksichtigt, wenn die Umstände dies rechtfertigen (vgl. Art. 2 Abs. 4 OHV).

Die Gutsprache für Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe muss baldmöglichst beantragt und von der zuständigen Stelle so rasch als möglich beurteilt werden.

Die zuständigen Stellen klären bei der Übernahme von Kostenbeiträgen für längerfristige Hilfe periodisch den Leistungsbedarf des Opfers ab.

Für die Beurteilung von vor dem 1. Januar 2009 hängigen Gesuchen kommt bei der Anspruchsermittlung das Opferhilfegesetz vom 4. Oktober 1991 (= aOHG) bzw. die dazu entwickelte Praxis zur Anwendung (vgl. auch vorn Ziff. 3.3.1).

Kommentar

In den meisten Kantonen wurden bei der Ermittlung des Anspruchs auf weitere Kosten (heute Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter) die Bestimmungen betreffend Anspruchsermittlung der Entschädigung analog angewendet, d.h. es wurde auf den einfachen ELG-Betrag abgestellt.

3.3.4 Haushalts- und Betreuungshilfe im Speziellen

Im Rahmen der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe können die Beratungsstellen den betroffenen Opfern wenn und soweit nötig Hilfspersonen zur Unterstützung in der Haushaltführung und zur Betreuung bzw. Pflege vermitteln.

Für die Hilfe und Unterstützung im Haushalt und in der Pflege/Betreuung können nur dann finanzielle Leistungen (Soforthilfe oder Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe) erbracht werden, wenn die Hilfe für das Opfer auch üblicherweise, d.h. ohne

Leistungen der Opferhilfe, kostenpflichtig ist. Für Hilfeleistungen von Angehörigen, FreundInnen, NachbarInnen usw., die im Rahmen familienrechtlicher Unterstützungspflichten bzw. sozialer Gepflogenheiten regelmässig unentgeltlich erbracht werden, können keine finanziellen Leistungen erbracht werden.

Beispiel

Eine Person wird verletzt und kann deshalb während zwei Monaten keine Putzarbeiten mehr machen. An die Kosten der dafür notwendigen bezahlten Putzhilfe wird von der Opferhilfe ein Beitrag übernommen. Wenn die Ehepartnerin oder der Ehepartner jedoch während dieser Zeit im Rahmen seiner/ihrer ehelichen Beistandspflicht vermehrt Putzarbeiten übernehmen muss, für die er nicht zu entschädigen ist, besteht auch kein Anspruch darauf, dass die Opferhilfe finanzielle Leistungen erbringt. Bei der Übernahme der Kosten für eine Haushaltshilfe wird von den üblicherweise geltenden Ansätzen ausgegangen (vgl. z.B. Ansätze Spitex, übliche Stundenansätze Putzhilfe etc.).

Kosten bzw. Mehrkosten, die der Hilfe leistenden Person bzw. dem Opfer im Zusammenhang mit der (unentgeltlichen) Hilfe und Unterstützung entstehen, können in angemessenem Umfang übernommen werden.

Beispiel

Wegkosten einer Mutter, die ihrer im Haushalt beeinträchtigten Tochter unentgeltlich hilft.

Leistungen der Opferhilfe können auch dann erfolgen, wenn Familienangehörige ihre Erwerbstätigkeit reduzieren, um das Opfer zu betreuen oder es im Haushalt zu unterstützen (vgl. Art. 19 Abs. 4 OHG).

Kommentar

Der Umfang der Kostenbeiträge bei einer Reduktion der Erwerbstätigkeit zu Gunsten von Betreuungs- und Haushaltsarbeit richtet sich nach dem tatsächlich entstandenen Erwerbsausfall. Übersteigt der im konkreten Fall entstandene Erwerbsausfall die Kosten, die bei einer externen Hilfe (z.B. Spitex, Haushaltshilfe) üblicherweise entstehen würden, so können – unter Berücksichtigung der Schadenminderungspflicht (vgl. hinten Ziff. 4.1) – maximal in diesem Umfang Kostenbeiträge geleistet werden.

Ist das Opfer bleibend beeinträchtigt und auch nach Stabilisierung des Gesundheitszustandes in seiner Fähigkeit zur Haushaltsführung beeinträchtigt und entsprechend hilfsbedürftig, so werden entsprechende Kosten einer Haushaltshilfe (bzw. Schaden infolge Reduktion der Erwerbstätigkeit) unter dem Titel der Entschädigung gemäss Art. 19 ff. OHG vergütet (vgl. hinten Kapitel 4 Ziff. 4.5.2).

3.4 SUBSIDIARITÄT DER FINANZIELLEN LEISTUNGEN UND LEGALZESSION

Leistungen im Rahmen von Art. 12 ff. OHG sind – gleich wie die Entschädigung und die Genugtuung gemäss Art. 19 ff. OHG – subsidiär zu Leistungen Dritter (Art. 4 Abs. 1 OHG). Bevor Hilfeleistungen bzw. Massnahmen von der Opferhilfe finanziert werden, ist deshalb mit dem Opfer zusammen abzuklären, ob Dritte (Kranken-, Unfall- oder Sozialversicherungen, TäterIn, Staat im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege etc.) leistungspflichtig sind und diese Leistungen rechtzeitig erbracht werden können.

Kommentar

Es wird empfohlen, im Rahmen der Finanzierung von Hilfeleistungen bzw. Massnahmen mit subsidiären Kostengutsprachen zu arbeiten. Es empfiehlt sich zudem, das Opfer frühzeitig darauf hinzuweisen, dass allfällige Leistungen Dritter angerechnet resp. von den Opferhilfeleistungen abgezogen werden.

Das Opfer muss glaubhaft machen, dass es keine oder nur ungenügende Leistungen von Dritten erhalten kann, es sei denn, es sei ihm aufgrund besonderer Umstände nicht zumutbar, sich um Leistungen Dritter zu bemühen (Art. 4 Abs. 2 OHG).

Kommentar

Nicht zumutbar ist das Bemühen um Leistungen Dritter etwa dann, wenn das Opfer aufgrund seiner Beeinträchtigung nicht handlungsfähig ist. Die Inanspruchnahme der Täterin oder des Täters ist ihm z.B. dann nicht zuzumuten, wenn es sich um einen Fall von häuslicher Gewalt handelt und das Opfer weiterhin gefährdet ist und davon ausgegangen werden muss, dass die Inanspruchnahme der Täterin oder des Täters zu einer Eskalation führen würde.

Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch für Leistungen im Rahmen der Soforthilfe. Bei dringlichen Massnahmen wie etwa einer therapeutischen Krisenintervention wird eine entsprechende Abklärung aus zeitlichen Gründen aber oft erst im Nachhinein möglich sein.

Kommentar

Bei einer medizinischen oder psychiatrischen Notfallversorgung kommt etwa die obligatorische Krankenversicherung primär zum Zuge, im Rahmen der Soforthilfe können lediglich die von der Krankenkasse nicht gedeckten Kosten übernommen werden. Mit dem Institut der Soforthilfe soll aber sicher gestellt werden, dass das Opfer sofortige Hilfe in Anspruch nehmen kann, auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch unklar ist, ob Dritte leistungspflichtig sind oder nicht.

Richtet der Kanton finanzielle Leistungen aus (Soforthilfe und/oder Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter), so geht der Anspruch des Opfers für Leistungen gleicher Art im Umfang der Leistungen des Kantons auf den Kanton über (Art. 7 OHG).

3.5 INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT

Das Opfer kann eine Beratungsstelle seiner Wahl aufsuchen (Art. 15 Abs. 3 OHG). Um eine allfällige ungleiche Verteilung der Lasten der Kantone auszugleichen, sieht Art. 18 OHG eine Regelung zur Kostenverteilung zwischen den Kantonen vor. Der Wohnsitzkanton soll für die Kosten jener Personen aufkommen, welche Beratung, Soforthilfe, längerfristige Hilfe und Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter durch einen anderen Kanton erhalten. Sofern die Kantone keine interkantonale Regelung treffen, ist die Abgeltung gemäss Art. 18 Abs. 2 OHG mit einer Pauschale pro beratene Person zu leisten.

4 ENTSCHÄDIGUNG UND GENUGTUUNG

4.1 ÜBERGANGSREGELUNG: ANWENDBARES RECHT

Das für die Beurteilung von Entschädigungs- und Genugtuungsgesuchen anwendbare Recht bestimmt sich nach dem Zeitpunkt der Straftat. Wurde die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt, ist das OHG vom 4. Oktober 1991 anwendbar (= aOHG). Bei Straftaten ab dem 1. Januar 2009 ist das OHG vom 23. März 2007 (= OHG) anwendbar, vgl. Art. 48 Abs. 1 lit. a OHG.

Achtung: Zu beachten ist, dass bereits für Straftaten ab dem 1. Januar 2007 die Verwirkungsfristen des OHG vom 23. März 2007 gelten (vgl. Art. 48 Abs. 1 lit. a OHG i.V.m. Art. 25 OHG, zur Verwirkungsfrist allgemein vgl. hinten Ziff. 4.4.2.).

Kommentar

Das OHG vom 4. Oktober 1991 kann also unter Umständen noch sehr lange zur Anwendung kommen. Wurde die Straftat z.B. am 31. Dezember 2008 verübt, ist ein gestützt darauf erfolgreiches Entschädigungs- und Genugtuungsgesuch nach dem alten Recht zu beurteilen. Weil dafür die Verwirkungsfrist des revidierten OHG vom 23. März 2007 gilt, kann das Gesuch noch bis am 31. Dezember 2013 eingereicht werden. Kommt die für Kinder geltende Sonderregelung von Art. 25 Abs.2 OHG zur Anwendung (vgl. hinten Ziff. 4.4.2), kann das Gesuch noch viel später eingereicht werden und muss nach dem alten Recht beurteilt werden.

Bei der Beurteilung von Entschädigungs- und Genugtuungsgesuchen im Rahmen des OHG gelangen die allgemeinen Grundsätze des Verwaltungsrechts zur Anwendung, da es sich hierbei um die Ausrichtung staatlicher Gelder handelt. Im Vordergrund stehen das Legalitätsprinzip, der Grundsatz von Treu und Glauben, das Prinzip der Verhältnismässigkeit staatlichen Handelns sowie das Gebot, gleiche Sachverhalte gleich zu behandeln (Grundsatz der Rechtsgleichheit). Auch im öffentlichen Recht gilt zudem der Grundsatz der Schadenminderungspflicht.

4.2 ÖRTLICHER GELTUNGSBEREICH DES OHG UND INTERKANTONALE ZUSTÄNDIGKEIT

4.2.1 Tatort Schweiz

Zuständig für die Beurteilung von Entschädigungs- und Genugtuungsgesuchen ist der Kanton, in dem die Straftat verübt wurde, d.h. der Tatortkanton (vgl. Art. 26 Abs. 1 OHG und Art. 11 Abs. 1 aOHG).

Kommentar

Der Anspruch auf Entschädigung/Genugtuung kann ausschliesslich beim Tatortkanton geltend gemacht werden, der nicht immer identisch ist mit dem Kanton, in welchem das Strafverfahren geführt wird.

Wurde eine Person mehrfach in verschiedenen Kantonen Opfer durch die gleiche Täterin oder durch den gleichen Täter, so ist derjenige Kanton zuständig, in dem die Strafuntersuchung zuerst angehoben wurde (ausdrücklich Art. 26 Abs. 2 lit. a OHG). Wird in einem solchen Fall (mehrfache Tatverübung in verschiedenen Kantonen, gleiches Opfer, gleiche Täterin/gleicher Täter) kein Strafverfahren durchgeführt, so ist der Wohnsitzkanton des Opfers zuständig (Art. 26 Abs. 2 lit. b OHG). Falls keine Strafuntersuchung angehoben wurde und das Opfer über keinen Wohnsitz in der Schweiz verfügt, ist derjenige (Tatort-)Kanton zuständig, in dem das Gesuch zuerst gestellt wird (Art. 26 Abs. 2 lit. c OHG).

Kommentar

Wird z.B. ein Kind sowohl zu Hause wie auch in einem anderen Kanton liegenden Ferienhaus sexuell ausgebeutet, so ist der Kanton zuständig, in dem das Strafverfahren geführt wird. Wird kein Strafverfahren durchgeführt, ist der Wohnsitzkanton des Opfers zuständig.

4.2.2**Tatort Ausland**

Wurde die Straftat im Ausland verübt, besteht bei Straftaten, die ab dem 1. Januar 2009 verübt wurden, kein Anspruch auf Entschädigung und Genugtuung (Art. 3 OHG i.V.m. Art. 48 lit. a OHG). Zum Anspruch auf Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter vgl. Kapitel 3 Ziff. 3.1.

Für Straftaten, die vor dem 1. Januar 2009 verübt wurden, gilt folgende Regelung: Ein Anspruch auf Entschädigung und Genugtuung besteht, wenn das Opfer zum Zeitpunkt der Straftat und zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung sowohl das Schweizer Bürgerrecht als auch Wohnsitz in der Schweiz hatte bzw. hat (vgl. Art. 11 Abs. 3 aOHG i.V.m. Art. 48 lit. a OHG). Angehörige des Opfers können sich nur auf Art. 11 Abs. 3 aOHG berufen, wenn sie selbst **und** auch das Opfer die genannten Voraussetzungen erfüllen bzw. erfüllt hätte.

Zuständig für die Beuteilung eines Entschädigungs- und Genugtuungsgesuchs ist in diesem Fall der Wohnsitzkanton des Opfers.

4.3 EINLEITUNG DES VERFAHRENS UND VERFAHRENSRECHTLICHE REGELUNGEN

4.3.1 Einleitung auf Gesuch hin

Ein Opferhilfeverfahren wird nicht von Amtes wegen, sondern nur auf Gesuch hin eingeleitet (vgl. Art. 24 OHG). Das Opfer hat im Gesuch darzutun, welche Schädigung es durch die Straftaten erlitten hat und was für Kosten ihm dafür angefallen sind. Die Geltendmachung von Zivilansprüchen gegen die Täterin oder den Täter im Strafverfahren (Adhäsionsverfahren) darf nicht gleichgesetzt werden mit der Geltendmachung von opferrechtlichen Ansprüchen. Für die Wahrung der Verwirkungsfrist genügt es deshalb nicht, Forderungen gegenüber der Täterin oder dem Täter geltend zu machen. Vorausgesetzt wird vielmehr, dass opferrechtliche Ansprüche gegen den Staat ausdrücklich geltend gemacht werden (vgl. BGE vom 07.07.2004 Nr. 1A.115/2004). Gemäss dem revidierten OHG hat die Geltendmachung von Zivilansprüchen aber unter bestimmten Voraussetzungen Auswirkungen auf den Lauf der Verwirkungsfrist (vgl. dazu hinten Ziff. 4.4.2).

4.3.2 Untersuchung des Sachverhalts von Amtes wegen

Die Behörde hat den rechtserheblichen Sachverhalt von Amtes wegen abzuklären (vgl. Art. 29 Abs. 2 OHG und Art. 16 Abs. 2 aOHG). Sie muss dafür so weit als nötig Akten aus anderen Verfahren beiziehen, Gutachten einholen und Auskunftspersonen befragen.

Der Untersuchungsgrundsatz verpflichtet die Opferhilfestelle aber nur, den Sachverhalt im Rahmen der vom Opfer gestellten Begehren von Amtes wegen abzuklären. Eine Verpflichtung, nach weiteren Schäden zu suchen, die vom Opfer weder geltend gemacht werden noch sich aus seiner Sachverhaltsdarstellung ergeben, trifft die Opferhilfebehörde nicht (vgl. BGE vom 25.02.2005 Nr. 1A.157/2004).

Die Untersuchungspflicht der Behörden wird ergänzt durch die Mitwirkungspflicht der gesuchstellenden Person.

Kommentar

Im Rahmen der Mitwirkungspflicht muss die gesuchstellende Person diejenigen Tatsachen darlegen, die nur ihr bekannt sind oder von ihr mit wesentlich weniger Aufwand erhoben werden können. Sie kann dazu angehalten werden, Unterlagen beizubringen oder die zuständige Behörde zur Akteneinsicht zu ermächtigen (vgl. dazu BGE 126 II 102 mit weiteren Hinweisen). Die Behörde muss das Opfer auf seine Mitwirkungspflicht ausdrücklich hinweisen. Kommt das Opfer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach, so kann die Behörde beim Entscheid auf die Akten abstellen.

4.3.3 Rasches Opferhilfeverfahren und Zulässigkeit der Sistierung des Verfahrens

Die Beurteilung von opferrechtlichen Ansprüchen soll in einem einfachen und raschen Verfahren erfolgen (vgl. Art. 29 Abs. 1 OHG). Die Durchführung eines einfachen und raschen Verfahrens steht in einem gewissen Widerspruch zu den gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen, namentlich zur Subsidiarität von opferrechtlichen Leistungen gegenüber Dritteleistungen. Opferhilfeleistungen können erst dann endgültig gewährt werden, wenn feststeht, in welchem Umfang Dritte wie etwa die Unfall- oder Invalidenversicherung leistungspflichtig sind.

Eine Sistierung des Opferhilfeverfahrens ist zulässig, wenn ein Strafverfahren durchgeführt wird (vgl. BGE 123 II 3; 122 II 216).

Ebenfalls zulässig ist eine Sistierung des Opferhilfeverfahrens, wenn Leistungen einer Sozial- und/oder Haftpflichtversicherung noch nicht endgültig feststehen und deshalb auch der Umfang des opferrechtlichen Leistungsanspruchs noch nicht definitiv festgelegt werden kann.

Ist das Opfer dringend auf Entschädigung angewiesen, kann diese bevorschusst werden (vgl. hinten Ziff. 4.6).

4.3.4 Kostenlosigkeit des Opferhilfeverfahrens und Anwaltskosten

Sowohl das erstinstanzliche Verfahren als auch die Rechtsmittelverfahren vor der kantonalen Rechtsmittelinstanz und dem Bundesgericht sind kostenlos (Art. 30 Abs. 1 OHG). Vorbehalten bleibt die Kostenaufgabe bei mutwilliger Prozessführung (vgl. Art. 30 Abs. 2 OHG).

Das OHG gewährt keinen Anspruch auf eine Partei- bzw. Prozessentschädigung.

Aus der Kostenlosigkeit des Verfahrens kann kein Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung im Opferhilfe- und im Beschwerdeverfahren abgeleitet werden. Die Bestellung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung im Opferhilfeverfahren richtet sich vielmehr nach kantonalem Recht bzw. – wenn eine solche Regelung fehlt – nach Art. 29 Abs. 3 Bundesverfassung. Subsidiär können die Kosten auch gestützt auf Art. 16 OHG i.V.m. Art. 5 OHV übernommen werden.

4.3.5 Rechtsmittel und Legitimation

Die betroffene Person kann den Entscheid der Verwaltungsbehörde an eine gerichtliche Instanz weiterziehen (Art. 29 Abs. 3 OHG). Welches Gericht als Rechtsmittelinstanz für opferrechtliche Entscheide zuständig ist, bestimmt sich nach kantonalem Recht.

Weist das Gericht die Beschwerde der betroffenen Person ab, so kann diese den Gerichtsentscheid mit öffentlich-rechtlicher Beschwerde beim Bundesgericht anfechten. Die Entschädigungs- und Genugtuungsbehörde ist im Gegensatz dazu nicht legitimiert, einen die Beschwerde gutheissenden Entscheid an das Bundesgericht weiterzuziehen (BGE 123 II 425). Hingegen ist das in der Sache zuständige Departement (Bundesamt für Justiz) beschwerdelegitimiert (vgl. Art. 89 Abs. 2 lit. a Bundesgerichtsgesetz). Die kantonale Rechtsmittelbehörde muss deshalb ihre Entscheidung auch dem Bundesamt für Justiz zustellen.

4.4 ALLGEMEINE VORAUSSETZUNGEN

4.4.1 Opfereigenschaft und Nachweis der Opfereigenschaft

Anspruch auf Entschädigung und Genugtuung haben das Opfer und seine Angehörigen (allgemein zum Opferbegriff und zu den Anforderungen an den Nachweis der Opfereigenschaft vgl. Kapitel 2).

4.4.2 Einhaltung der Verwirkungsfrist

Die Ansprüche auf Entschädigung und Genugtuung sind an eine Verwirkungsfrist gebunden (Art. 25 OHG). Diese Frist kann grundsätzlich weder stillstehen noch unterbrochen werden (zu einem allfälligen späteren Beginn des Fristenlaufs vgl. BGE 126 II 348 ff. und 123 II 241 ff.).

Ob die Verwirkungsfrist eingehalten wurde, ist von Amtes wegen zu prüfen. Gesuche, die nach Ablauf der Frist eingereicht werden, müssen abgewiesen werden.

Die Verwirkungsfrist zur Geltendmachung von Entschädigungs- und Genugtuungsforderungen beträgt 5 Jahre ab dem Zeitpunkt der Verübung der Straftat. Ist für eine Person mangels Eintritt des tatbestandsmässigen Erfolgs nicht erkennbar, dass sie Opfer einer Straftat wurde, beginnt die Frist erst mit Kenntnis der Straftat zu laufen (Art. 25 Abs. 1 OHG, zum Beginn der Verwirkungsfrist bei Eintritt des tatbestandsmässigen Erfolgs bzw. Kenntnis der Straftat vgl. BGE 126 II 348 ff. und 134 II 308 ff.).

Kommentar

Vom Eintritt des tatbestandsmässigen Erfolgs zu unterscheiden sind die Spätfolgen eines Delikts. Diese haben auf den Beginn der Verwirkungsfrist in der Regel keinen Einfluss (vgl. dazu aber auch BGE vom 09.07.2009 Nr. 1C_498/2008 zu Fällen, in denen Spätfolgen eines Deliktes als schwere Körperverletzung zu qualifizieren sind).

Diese Frist sowie die Sonderregelungen (vgl. nachstehend) gelten für alle Straftaten, die ab dem 1. Januar 2007 verübt worden sind (vgl. Art. 48 Abs. 1 lit. a OHG).

In Ergänzung dazu gelten die zwei folgenden Sonderregelungen:

Sonderregelung für Kinder unter 16 Jahren und unmündige Abhängige

Das Opfer kann ein Gesuch um Entschädigung und Genugtuung bis zum vollendeten 25. Lebensjahr einreichen, wenn folgende Straftaten gegeben sind:

- a) Sexuelle Handlung mit Kindern; Art. 187 StGB
- b) Sexuelle Handlung mit Abhängigen; Art. 188 StGB
- c) Sexuelle Nötigung; Art. 189 StGB
- d) Vergewaltigung; Art. 190 StGB
- e) Schändung; Art. 191 StGB
- f) Förderung der Prostitution; Art. 195 StGB
- g) Versuchte Tötung; Art. 111 i.V.m. Art. 22 StGB
- h) Versuchter Mord; Art. 112 i.V.m. Art. 22 StGB
- i) Versuchter Totschlag; Art. 113 i.V.m. Art. 22 StGB
- j) Schwere Körperverletzung; Art. 122 StGB
- k) Menschenhandel; Art. 182 StGB

Sonderregelung bei Geltendmachung der Zivilansprüche im Strafverfahren

Bei Durchführung eines Adhäsionsverfahrens (Zivilansprüche, die im Strafverfahren gegenüber der Angeschuldigten oder dem Angeschuldigten geltend gemacht werden) können Gesuche um Entschädigung und Genugtuung auch noch ein Jahr ab endgültigem Entscheid über die Zivilansprüche bzw. ab Einstellung des Verfahrens geltend gemacht werden. Vorausgesetzt wird allerdings, dass die Zivilansprüche **vor** Ablauf der opferrechtlichen Verwirkungsfristen gemäss Art. 25 Abs. 1 und Abs. 2 OHG im Strafverfahren geltend gemacht worden sind (Art. 25 Abs. 3 OHG).

Kann ein Schaden vor Ablauf der Verwirkungsfrist nicht beziffert werden, weil der Umfang des Schadens noch nicht feststeht bzw. die Höhe der Versicherungsleistungen noch ungewiss sind, so kann zur Fristwahrung ein vorsorgliches Gesuch gestellt und die Sistierung des Verfahrens beantragt werden (BGE 126 II 100; 123 II 3; 122 II 217).

Ein vorsorgliches Gesuch hat diejenigen Angaben zu enthalten, die der Behörde erlauben, den Sachverhalt und die Anspruchsberechtigung näher abzuklären (z.B. Tatort, Zeitpunkt, Art der Straftat, TäterIn, Beeinträchtigung des Opfers, Ersatzpflichtige, persönliche Verhältnisse etc.). Zur Fristwahrung sind die einzelnen Schadenspositionen so weit als möglich zu benennen. Eine Bezifferung des Schadens ist bei einem vorsorglich gestellten Gesuch noch nicht notwendig.

4.4.3 Adäquater Kausalzusammenhang von Beeinträchtigung und Straftat

Opferrechtliche Leistungen setzen voraus, dass zwischen dem opferrechtlich relevanten Delikt und der geltend gemachten Beeinträchtigung ein so genannter natürlicher Kausalzusammenhang besteht. Das Delikt muss mit anderen Worten «conditio sine qua non» (unabdingbare Voraussetzung) für die Beeinträchtigung sein. Ob ein natürlicher Kausalzusammenhang gegeben ist, ist eine Tatfrage, da sie den Sachverhalt betrifft.

Der natürliche Kausalzusammenhang genügt aber noch nicht für eine opferrechtliche Leistungspflicht. Vorausgesetzt wird darüber hinaus ein adäquater Kausalzusammenhang zwischen dem opferrechtlich relevanten Delikt und der Beeinträchtigung.

Nach der allgemeinen Adäquanzformel ist von einem adäquaten Kausalzusammenhang auszugehen, wenn das Delikt nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der allgemeinen Erfahrung geeignet ist, die geltend gemachte Beeinträchtigung zu bewirken, so dass deren Eintritt als durch das Delikt wesentlich begünstigt erscheint. Die Prüfung des adäquaten Kausalzusammenhangs setzt eine Wertung voraus. Es handelt sich dabei um eine Rechtsfrage, bei deren Beurteilung die Opferentschädigungsbehörde frei und namentlich nicht an den Entscheid des Adhäsionsgerichts gebunden ist (vgl. BGE 129 II 312 ff. = Pra 2004 Nr. 4).

Bei der Beurteilung der Adäquanz von psychischen Beeinträchtigungen ist nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung auf die differenzierte Rechtsprechung des Eidgenössischen Versicherungsgerichts zur Adäquanz von psychischen Unfallfolgen abzustellen (BGE vom 05.06.2007 Nr. 1A.230/2006).

Kommentar

Im Unfallversicherungsrecht werden bei der Beurteilung der Adäquanz je nach Art des Gesundheitsschadens verschiedene Kategorien gebildet. So wird bei psychischen Beeinträchtigungen unterschieden zwischen solchen, die sich als sekundäre Folge einer organisch nachweisbaren Gesundheitsschädigung bilden und solchen, die ohne vorangegangene organische Gesundheitsschädigung auftreten. Zur Beurteilung der Adäquanz ist gemäss bundesgerichtlicher Praxis an das Unfallereignis anzuknüpfen, wobei – ausgehend vom augenfälligen Geschehensablauf – von einer Kategorisierung der Unfälle in leichte, mittlere und schwere Unfälle auszugehen ist. Bei leichten Unfällen kann der adäquate Kausalzusammenhang zwischen Unfall und psychischen Gesundheitsstörungen in der Regel ohne weiteres verneint (BGE 115 V 139) und bei schweren Unfällen bejaht werden (BGE 115 V 140). Bei Unfällen aus dem mittleren Bereich lässt sich die Frage nicht aufgrund des Unfalls allein beantworten. Weitere, objektiv erfassbare Umstände, welche unmittelbar mit dem Unfall in Zusammenhang stehen oder als direkte bzw. indirekte Folgen davon erscheinen, sind in eine Gesamtwürdigung einzubeziehen. Als wichtigste Kriterien sind zu nennen: besonders dramatische Begleitumstände oder besondere Eindrücklichkeit des

Unfalls; die Schwere oder besondere Art der erlittenen (somatischen) Verletzungen, insbesondere ihre erfahrungsgemässe Eignung, psychische Fehlentwicklungen auszulösen; ungewöhnlich lange Dauer der ärztlichen Behandlung; körperliche Dauerschmerzen; ärztliche Fehlbehandlung, welche die Unfallfolgen erheblich verschlimmert; schwieriger Heilungsverlauf und erhebliche Komplikationen; Grad und Dauer der physisch bedingten Arbeitsunfähigkeit (BGE 115 V 140; vgl. auch BGE 117 V 359 ff. und 129 V 177 ff.).

4.4.4 Subsidiarität von Entschädigung und Genugtuung und Legalzession

Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen sind gleich wie die finanzielle Soforthilfe und die Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe (vgl. dazu Kapitel 3 Ziff. 3.4.) subsidiär zu den Leistungen Dritter (vgl. Art. 4 Abs. 1 OHG).

Leistungen, die das Opfer von Dritten als Schadenersatz erhalten hat, werden auf den Schaden angerechnet (vgl. Art. 20 Abs. 1 OHG und Art. 14 Abs. 1 aOHG). In gleicher Weise werden Genugtuungsleistungen bzw. Leistungen mit genugtuungsähnlichem Charakter wie die Integritätsentschädigung von der Genugtuung abgezogen (vgl. Art. 23 Abs. 1 OHG und Art. 14 Abs. 1 aOHG).

Die Kongruenzregeln des Haftpflichtrechts sind bei der Anrechnung der Drittleistungen nicht anwendbar (vgl. Art. 20 Abs. 1 OHG und dazu Botschaft 2005, S. 7218 sowie BGE 129 II 145 ff., zur Anrechnung von Summenversicherungen vgl. BGE 126 II 244 ff.). Auszugehen ist vielmehr vom Gesamtschaden, an den die Leistungen Dritter im Total anzurechnen sind (Netto-Gesamtschaden).

Beispiel

Wenn z.B. hinterbliebene Eltern von einer privaten Versicherung des verstorbenen Kindes ein Todesfallkapital erhalten, so ist dieses an die Beerdigungskosten anzurechnen. Ebenso ist eine allfällige Überentschädigung für den Lohnausfall bei der Berechnung des Rentenschadens zu berücksichtigen.

Opferrechtlich relevant ist somit der von Dritten nicht gedeckte Schaden, d.h. der so genannte Nettoschaden (Restschaden oder in der haftpflichtrechtlichen Terminologie: Direktschaden). Bei der Ermittlung des Entschädigungsanspruches aufgrund der finanziellen Verhältnisse ist deshalb vom Nettoschaden auszugehen.

Das Opfer muss glaubhaft machen, dass es keine oder nur ungenügende Leistungen von Dritten (TäterIn, Versicherungen usw.) erhalten kann, es sei denn, es sei ihm aufgrund der besonderen Umstände nicht zumutbar, sich um Leistungen Dritter zu bemühen (vgl. Art. 4 Abs. 2 OHG und Art. 1 aOHV).

Kommentar

Die Inanspruchnahme von versicherungsrechtlichen Leistungen kann in jedem Fall vom Opfer verlangt werden. Wird ein Strafverfahren durchgeführt, so kann vom Opfer grundsätzlich erwartet werden, dass es auch Zivilansprüche gegen die Täterin oder den Täter geltend macht. Ein Verzicht auf die Geltendmachung von Zivilansprüchen im Strafverfahren ist im Opferhilfeverfahren zu begründen. Wird die Täterin oder der Täter zu einer Zahlung verpflichtet, so hat das Opfer kurz zu begründen, warum diese nicht erhältlich gemacht werden kann, es sei denn, die Aussichtslosigkeit eines Inkassos stehe zum vornherein fest. Wird kein Strafverfahren durchgeführt, so kann die Entschädigungsbehörde aber vom Opfer nicht verlangen, vorerst einen Zivilprozess gegen den möglichen Schädiger durchzuführen (vgl. BGE 126 II 100; 123 II 4). Bei Dringlichkeit der Hilfe vor Feststehen von Drittleistungen kann ein Vorschuss auf die Entschädigung beantragt werden.

Richtet der Kanton Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen aus, so geht der Anspruch des Opfers für Leistungen gleicher Art im Umfang der Leistungen an den Kanton über (vgl. Art. 7 OHG, Legalzession). Die Legalzession erfolgt aber erst dann, wenn definitive Leistungen gesprochen werden. Bei den nur vorläufigen Vorschusszahlungen findet keine Legalzession statt.

4.5**ENTSCHÄDIGUNG****4.5.1****Art des Schadens (Personenschaden)**

Im Rahmen der Opferhilfe werden nur Schäden vergütet, die im Zusammenhang mit der Beeinträchtigung der körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität stehen. Es geht um den so genannten Personenschaden (vgl. Art. 19 Abs. 1 und 2 OHG).

Sachschäden können nicht vergütet werden (so ausdrücklich Art. 19 Abs. 3 OHG).

Opferrechtlich relevant ist ein Schaden, wenn er sich konkret finanziell auswirkt. Der so genannte normative Schaden, der nicht im Sinne der Differenztheorie zu einer Verminderung des Vermögens und damit zu einem effektiven Schaden führt, begründet keinen Anspruch auf eine opferrechtliche Entschädigung. Ein Haushaltschaden und/oder Betreuungs- bzw. Pflegeschaden ist deshalb nur dann opferrechtlich relevant, wenn und soweit er tatsächlich auch zu konkreten Ausgaben oder einem konkreten Schaden infolge Reduktion der Erwerbstätigkeit führt (vgl. Art. 19 Abs. 4 OHG, zur Abgrenzung zur Soforthilfe und zu den Kostenbeiträgen für längerfristige Hilfe vgl. nachstehend Ziff. 4.5.2).

Kommentar

Bei der Übernahme der Kosten für eine Haushaltshilfe wird von den üblicherweise geltenden Ansätzen ausgegangen (vgl. z.B. Ansätze Spitex, übliche Stundenansätze Putzhilfe etc.). Reduzieren Angehörige zu Gunsten von Haushalts- oder Betreuungssarbeit ihre Erwerbstätigkeit, so wird bei der Ermittlung des Schadens grundsätzlich vom tatsächlich entstandenen Erwerbsausfall ausgegangen. Übersteigt der im konkreten Fall entstandene Erwerbsausfall die Kosten, die bei Inanspruchnahme einer externen Hilfe (z.B. Spitex, Haushaltshilfe) üblicherweise entstehen würden, so kann unter Berücksichtigung der Schadenminderungspflicht maximal in diesem Umfang eine Entschädigung ausgerichtet werden (vgl. auch Kapitel 3, Ziff. 3.3.4).

Wurde die Straftat vor dem Inkrafttreten des revidierten OHG am 1. Januar 2009 verübt, kommt das OHG vom 4. Oktober 1991 zur Anwendung. Danach besteht auch bei einem «nur» normativen Schaden ein Anspruch auf Entschädigung (vgl. BGE vom 08.12.2000 Nr. 1A.252/2000 zum Haushaltschaden).

4.5.2 Schadenspositionen / Abgrenzung zu den Kostenbeiträgen für Hilfe Dritter

Im Rahmen der Entschädigung geht es primär um die Vergütung von Schäden und Kosten, die unabhängig davon anfallen, ob das Opfer zur Verarbeitung der Straftat Hilfe in Anspruch nimmt oder nicht.

Die Kosten für Hilfeleistungen Dritter (z.B. therapeutische Hilfe, medizinische Hilfe, Haushaltshilfe etc.) werden unter dem Titel «Soforthilfe» oder «Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe» übernommen, solange sich der gesundheitliche Zustand des Opfers nicht stabilisiert hat (vgl. Art. 13 Abs. 2 OHG i.V.m. Art. 19 Abs. 3 OHG, vgl. dazu Kapitel 3 Ziff. 3.3.3.). Die Kosten für Hilfeleistungen Dritter sind ab dem Zeitpunkt unter dem Titel der «Entschädigung» zu vergüten, ab dem sich der gesundheitliche Zustand des Opfers stabilisiert hat. Von einer Stabilisierung des Gesundheitszustands wird dann ausgegangen, wenn von der Fortsetzung einer Behandlung oder Therapie keine namhafte Besserung des Gesundheitszustandes mehr erwartet werden kann.

Beispiel

Dient z.B. eine medizinische oder therapeutische Massnahme allein noch der Aufrechterhaltung und Stabilisierung eines grundsätzlich nicht mehr besserungsfähigen Zustands, so sind die entsprechenden Kosten als Entschädigung zu qualifizieren. Hat das Opfer eine bleibende Beeinträchtigung erlitten und benötigt deshalb weiterhin eine Haushaltshilfe, so werden die dafür anfallenden Kosten gestützt auf Art. 19 ff. OHG vergütet (vgl. dazu auch Kapitel 3 Ziff. 3.3.4).

Eine opferrechtliche Entschädigung umfasst somit im Wesentlichen folgende Positionen:

- a) Erwerbsausfall
- b) Versorgungsschaden
- c) Bestattungskosten
- d) Kosten für Hilfeleistungen Dritter, soweit sie nach Stabilisierung des gesundheitlichen Zustands anfallen

4.5.3 Ermittlung des Schadens

Die Ermittlung der Schadenshöhe richtet sich grundsätzlich nach dem Haftpflichtrecht (Art. 19 Abs. 2 OHG i.V.m. Art. 41 ff. Schweizerisches Obligationenrecht, OR).

An den nach haftpflichtrechtlichen Kriterien ermittelten Schaden sind in einem zweiten Schritt die Leistungen Dritter (z.B. Unfallversicherungsleistungen oder Leistungen der Invalidenversicherung) anzurechnen. Opferrechtlich relevant ist der von Dritten nicht gedeckte Schaden, der auch als «Restschaden», «Nettoschaden» oder «Direktschaden» bezeichnet wird (vgl. Ziff. 4.4.4).

Kommentar

Bei der Anrechnung von Leistungen Dritter kommen die im Haftpflichtrecht geltende Kongruenzregel nicht zur Anwendung (vgl. dazu vorn Ziff. 4.4.4 sowie BGE 129 II 145 ff.; Botschaft 2005, S. 7218 f.).

4.5.4 Anspruchsermittlung aufgrund der finanziellen Verhältnisse

Die Kosten werden ganz übernommen, wenn die anrechenbaren Einnahmen des Opfers unter dem ELG-Höchstbetrag liegen (Art. 20 Abs. 2 lit. a OHG). Übersteigen die anrechenbaren Einnahmen den vierfachen ELG-Höchstbetrag, so besteht kein Anspruch auf einen Kostenbeitrag (Art. 6 Abs. 1 OHG). Liegen die anrechenbaren Einnahmen zwischen dem einfachen und dem vierfachen ELG-Höchstbetrag, so werden die Kosten anteilmässig übernommen (Art. 20 Abs. 2 lit. b OHG).

Bei der Ermittlung der anrechenbaren Einnahmen wird grundsätzlich auf Art. 11 ELG abgestellt. Anders als bei der Bedarfsermittlung gemäss ELG werden aber bei Gesuchen, die nach dem revidierten Recht zu beurteilen sind, die Einnahmen (z.B. Taggelder und Renten) lediglich zu zwei Dritteln angerechnet (zu 100% werden einzig die Vermögenserträge angerechnet). Das Vermögen wird – ebenfalls abweichend vom ELG – nicht zu einem Fünftel, sondern zu einem Zehntel angerechnet (vgl. Art. 1 OHV).

Kommentar

Die finanziellen Verhältnisse von sehr nahestehenden, i.d.R. unterhaltspflichtigen Personen (Eltern, EhegattIn, eingetrageneR PartnerIn, KonkubinatspartnerIn), die in einer dauernden Lebensgemeinschaft leben, werden ebenfalls berücksichtigt (Art. 2 Abs. 2 OHV). Handelt es sich bei der unterhaltspflichtigen Person um die Täterin oder den Täter, so wird dessen oder deren finanzielle Situation nicht berücksichtigt, sofern die Umstände es rechtfertigen (vgl. Art. 2 Abs. 4 OHV).

4.5.5 Ausschluss oder Herabsetzung der Entschädigung wegen Mitverschuldens

Seitens des Opfers besteht eine Schadenminderungspflicht: Ihr/ihm sind aktive Massnahmen zuzumuten, die ein vernünftiger Mensch in der gleichen Lage ergreifen würde, wenn er keinerlei Schadenersatz zu erwarten hätte. Die Umstände (z.B. psychische Stresssituation) sind zu berücksichtigen.

Die Entschädigung an das Opfer kann herabgesetzt oder ausgeschlossen werden, wenn es zur Entstehung oder zur Verschlimmerung der Beeinträchtigung beigetragen hat (vgl. Art. 27 Abs. 1 und 2 OHG).

Kommentar

Als Herabsetzungs- oder Ausschlussgrund kann etwa ein bewusster und regelmässiger Aufenthalt in einem gefährlichen Milieu, z.B. im Umfeld der Drogenkriminalität, oder die Teilnahme an gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frage kommen. Berücksichtigt werden kann sodann der Umstand, dass sich das Opfer einer konkreten, über das übliche Mass hinausgehenden Gefahr ausgesetzt hat, indem es z.B. an einer unbewilligten Demonstration teilgenommen oder eine besonders gefährliche Sportart ausgeübt hat.

Auch die Entschädigung an Angehörige kann herabgesetzt oder ausgeschlossen werden. Vorausgesetzt wird dafür gemäss Art. 27 Abs. 2 OHG, dass die Angehörigen selbst «oder das Opfer zur Entstehung oder zur Verschlimmerung der Beeinträchtigung beigetragen haben». Den Angehörigen kann somit nicht nur ihr eigenes, sondern auch das Verhalten des Opfers angerechnet werden (vgl. Botschaft, S. 7232).

Sofern die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt wurde und das Opferhilfegesetz vom 4. Oktober 1991 zur Anwendung gelangt, ist eine Herabsetzung der Entschädigung nur dann zulässig, wenn von einem wesentlichen Mitverschulden des Opfers ausgegangen werden muss (vgl. Art. 13 Abs. 2 aOHG). Es führt demnach nicht jegliches Verschulden des Opfers zu einer Kürzung.

4.5.6 **Betragsmässige Limite der Entschädigung**

Entschädigungen sind sowohl nach unten als auch nach oben begrenzt.

Untergrenze: Entschädigungen unter 500 Franken werden nicht ausgerichtet.

Obergrenze: Nach oben ist die Entschädigung auf 120 000 Franken beschränkt (vgl. Art. 20 Abs. 3 OHG). Diese Höchstgrenze bezieht sich nicht auf einen Fall, sondern ist pro gesuchstellende Person zu verstehen.

Beispiel

Bei der Tötung eines Familienvaters steht sowohl jedem Kind als auch der Ehefrau ein eigenständiger Anspruch gegenüber der Opferhilfe zu. So kann z.B. jedes der Hinterbliebenen einen Versorgungsschaden bis zu 120 000 Franken geltend machen.

Sofern die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt wurde und das Opferhilfegesetz vom 4. Oktober 1991 zur Anwendung gelangt, beträgt die Obergrenze der Entschädigung 100 000 Franken (vgl. Art. 4 Abs. 1 aOHV).

4.5.7 **Zins**

Es besteht kein Anspruch auf Verzinsung einer opferrechtlichen Entschädigung (vgl. Art. 28 OHG). Auf eine opferrechtliche Entschädigung wird somit kein Schadenszins ausgerichtet, geht es in der Opferhilfe – anders als etwa im Haftpflichtrecht – nicht darum, das Opfer so zu stellen, wie wenn es am Tag der Straftat entschädigt würde. Ein Anspruch auf Verzugszins besteht mangels entsprechender gesetzlicher Grundlage ebenfalls nicht.

Sofern die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt wurde und das Opferhilfegesetz vom 4. Oktober 1991 zur Anwendung gelangt, besteht gemäss der bundesgerichtlichen Praxis zu den entsprechenden Bestimmungen ein Anspruch auf Schadenszins auf die Entschädigung.

4.5.8 **Verhältnis zum Zivilentscheid betreffend Schadenersatz**

Opferrechtliche Entschädigungsansprüche unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht vom zivilrechtlichen Anspruch des Opfers auf Schadenersatz durch die Täterin oder den Täter (Rechtsgrundlage, Rechtsnatur, Anspruchsvoraussetzungen). Opferrechtliche Entschädigungsansprüche umfassen ausschliesslich den Personenschaden. Sie sind zudem abhängig von den finanziellen Verhältnissen des Opfers. Aufgrund dieser Unterschiede im System ist die Opferhilfebehörde nicht an den Zivilentscheid betreffend Schadenersatz gebunden.

Soweit das Opferhilfegesetz für die Beurteilung des Entschädigungsanspruchs ausdrücklich auf zivilrechtliche Regelungen verweist (vgl. etwa Art. 19 Abs. 2 OHG), weicht die Opferhilfebehörde nicht ohne Not von der entsprechenden Beurteilung

durch das Gericht ab, auch wenn grundsätzlich bezüglich Rechtsfragen keine Bindung besteht.

Von den tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts weicht die Opferhilfebehörde ebenfalls nicht ohne Not ab (vgl. BGE 124 II 13 f.).

Kommentar

Liegt ein Gerichtsurteil vor, in welchem bereits über die Ausrichtung von Schadenersatz gemäss Zivilrecht entschieden wurde, prüft die zuständige Behörde nochmals unabhängig, ob die Voraussetzungen für die Zusprechung einer Entschädigung nach OHG gegeben sind. Abweichungen können sich aufgrund der OHG-spezifischen Bestimmungen ergeben: z.B. Bemessung der Entschädigung aufgrund der Einkommensverhältnisse, kein Ersatz für normative Schäden und für Sachschäden, keine Leistungen unter 500 Franken, nur Übernahme des tatsächlich und konkret erlittenen Schadens etc.

4.6

VORSCHUSS AUF ENTSCHÄDIGUNG

Vorschussleistungen erfordern einen ausdrücklichen entsprechenden Antrag (vgl. Art. 24 OHG). Sie werden nicht von Amtes wegen ausgerichtet.

Vorschussgesuche müssen vordringlich behandelt werden.

Ein Vorschuss auf die Entschädigung setzt kumulativ voraus, dass die anspruchsberechtigte Person sofortige finanzielle Hilfe benötigt und die Folgen der Straftat nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden können (Art. 21 OHG, vgl. auch Art. 15 aOHG).

Bei einem Vorschussgesuch sind die Voraussetzungen des Entschädigungsgesuches summarisch zu prüfen (Art. 29 Abs. 1 OHG). Die Voraussetzungen des Vorschusses gemäss Art. 21 Abs. 1 OHG sind dagegen nicht summarisch zu prüfen (vgl. BGE 121 II 116).

Der Entscheid betreffend Vorschuss hat lediglich vorläufigen Charakter. Weil die Voraussetzungen für die Entschädigung nur summarisch geprüft werden, hat der Vorschussentscheid namentlich keine präjudizierende Wirkung für den Entscheid betreffend Entschädigung.

Wegen des vorläufigen Charakters des Vorschussentscheids geht mit dessen Ausrichtung der Anspruch des Opfers nicht auf den Kanton über (vgl. Botschaft 2005, S. 7207). Eine Legalzession erfolgt nur bei Ausrichtung von definitiven Leistungen (vgl. Art. 7 OHG).

Bei ganzer oder teilweiser Abweisung des Entschädigungsgesuchs muss der Vorschuss ganz oder teilweise zurückerstattet werden (Art. 7 Abs. 1 und 2 OHV). Auf eine Rückforderung kann verzichtet werden, wenn diese die gesuchstellende Person in eine schwierige Lage bringen würde (Art. 7 Abs. 3 OHV).

4.7 GENUGTUUNG

4.7.1 Anspruch auf Genugtuung

Ein Anspruch auf Genugtuung nach OHG besteht, wenn die Schwere der Beeinträchtigung einen solchen rechtfertigt. Für die Frage nach dem Bestand einer opferrechtlichen Genugtuung sind die zivilrechtlichen Bestimmungen von Art. 47 und Art. 49 OR sinngemäss anwendbar (vgl. ausdrücklich Art. 22 Abs. 1 OHG).

Der Anspruch auf Genugtuung besteht unabhängig von den finanziellen Verhältnissen einer Person.

Der Anspruch auf Genugtuung ist nicht vererblich (so ausdrücklich Art. 22 Abs. 1 OHG). Genugtuungsansprüche für Straftaten, die vor dem 1. Januar 2009 verübt wurden, sind nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung vererblich (vgl. BGE vom 24.09.2008 Nr. 1C_106/2008).

Es besteht kein Anspruch auf Bevorschussung einer Genugtuung.

4.7.2 Bemessung der Genugtuung

Bei der Bemessung der Genugtuung ist die Schwere der Beeinträchtigung massgebend (Art. 23 Abs. 1 OHG). Täterbezogene Faktoren wie etwa das Verschulden der Täterin oder des Täters oder eine besonders skrupellose Vorgehensweise sind bei der Bemessung nicht zu berücksichtigen.

Die opferrechtliche Genugtuung beträgt höchstens 70 000 Franken für das Opfer und 35 000 Franken für Angehörige (Art. 23 Abs. 2 OHG).

Die Bemessung erfolgt ausgehend vom opferrechtlichen Höchstbetrag und unter Berücksichtigung der Schwere der Beeinträchtigung nach einer degressiven Skala. Dabei ist dem Gleichbehandlungsgrundsatz Rechnung zu tragen. Die Höchstsumme ist für schwerste Beeinträchtigungen wie zum Beispiel Tetraplegie vorbehalten.

Kommentar

Damit erfolgt die Bemessung der opferrechtlichen Genugtuung bei ab dem 1. Januar 2009 verübten Straftaten unabhängig von der Bemessung der zivilrechtlichen Genugtuung. Die nach dem Zivilrecht üblicherweise geltenden Genugtuungssummen

sind insofern massgebend, als dass sie Hinweise darauf geben, welche Beeinträchtigungen höhere oder niedere Beträge rechtfertigen (vgl. Botschaft 2005, S. 7227; vgl. auch den Leitfaden des Bundesamtes für Justiz zur Bemessung der Genugtuung vom Oktober 2008).

Die Einführung eines Höchstbetrags von 70 000 Franken für schwerste Beeinträchtigungen führt grundsätzlich zu einer Senkung der opferrechtlichen Genugtuungssummen. Im Verhältnis zu den gestützt auf das OHG vom 4. Oktober 1991 bemessenen opferrechtlichen Genugtuungssummen werden die nach dem OHG vom 23. März 2007 bemessenen Genugtuungen in der Regel ungefähr um 30 bis 40% tiefer ausfallen.

Kommentar

Bei den genannten Prozentzahlen handelt es sich lediglich um einen Richtwert. Diesem Richtwert liegt folgende Überlegung zugrunde: Die maximale Integritätserschädigung gemäss UVG beträgt 126 000 Franken, für schwerste Beeinträchtigungen werden im Zivilrecht Genugtuungen von ca. 150 000 Franken gesprochen. Soweit ersichtlich wurden in der Opferhilfe nach altem Recht faktisch keine Genugtuungen über 100 000 Franken ausgerichtet. Bei der zivilrechtlichen Genugtuung ist sodann zu berücksichtigen, dass auch täterspezifische Komponenten (z.B. Verschulden des Täters) in die Bemessung einfließen, die bei der Bemessung der opferrechtlichen Genugtuungen keine Rolle spielen. Im Verhältnis dazu beträgt der mit dem revidierten OHG vom 23. März 2007 eingeführte Höchstbetrag für schwerste Beeinträchtigungen 70 000 Franken, d.h. ungefähr 30 bis 40% der Höchstbeträge nach UVG, Zivilrecht und nach der Praxis in der Opferhilfe gemäss dem OHG vom 4. Oktober 1991.

Sofern die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt wurde und das Opferhilfegesetz von 1991 zur Anwendung gelangt, gilt folgendes: Für die Bemessung der Genugtuung sind die von den Zivilgerichten entwickelten Grundsätze zur Bemessung der Genugtuung sinngemäss anwendbar (vgl. etwa BGE 132 II 117 ff.). Es gelten namentlich keine Höchstbeträge.

4.7.3

Ausschluss oder Herabsetzung der Genugtuung bei Mitverschulden

Seitens des Opfers besteht eine Schadenminderungspflicht: Ihm sind aktive Massnahmen zuzumuten, die ein vernünftiger Mensch in der gleichen Lage ergreifen würde, wenn er keine Genugtuung zu erwarten hätte. Die Umstände (z.B. psychische Stresssituation) sind zu berücksichtigen.

Die Genugtuung an das Opfer kann herabgesetzt oder ausgeschlossen werden, wenn es zur Entstehung oder zur Verschlimmerung der Beeinträchtigung beigetragen hat (vgl. Art. 27 Abs. 1 und 2 OHG, vgl. auch BGE 128 II 54 ff.).

Kommentar

Als Herabsetzungs- oder Ausschlussgrund kann etwa ein bewusster und regelmässiger Aufenthalt in einem gefährlichen Milieu, z.B. im Umfeld der Drogenkriminalität, oder die Teilnahme an gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frage kommen. Berücksichtigt werden kann sodann der Umstand, dass sich das Opfer einer konkreten, über das übliche Mass hinausgehenden Gefahr ausgesetzt hat, indem es z.B. an einer unbewilligten Demonstration teilgenommen oder eine besonders gefährliche Sportart ausgeübt hat.

Auch die Genugtuung an Angehörige kann herabgesetzt oder ausgeschlossen werden. Vorausgesetzt wird dafür gemäss Art. 27 Abs. 2 OHG, dass die Angehörigen selbst «oder das Opfer zur Entstehung oder zur Verschlimmerung der Beeinträchtigung beigetragen haben». Den Angehörigen kann somit nicht nur ihr eigenes, sondern auch das Verhalten des Opfers angerechnet werden (vgl. Botschaft, S. 7232).

4.7.4 Herabsetzung der Genugtuung bei Wohnsitz im Ausland

Bei der Bemessung der Genugtuung können die gegenüber der Schweiz niedrigeren Lebenshaltungskosten am ausländischen Wohnsitz des Opfers bzw. der Angehörigen des Opfers berücksichtigt werden, wenn die Höhe der Genugtuung auf Grund der Lebenshaltungskosten am Wohnsitz unverhältnismässig wäre (vgl. Art. 27 Abs. 3 OHG und BGE 125 II 554 ff.).

4.7.5 Abzug von Leistungen mit Genugtuungscharakter

Genugtuungsleistungen Dritter werden von der nach den opferrechtlichen Kriterien bemessenen Genugtuung abgezogen. Dazu gehören auch Leistungen mit genugtuungsähnlichem Charakter wie die Integritätsentschädigung nach UVG.

4.7.6 Zins

Es besteht kein Anspruch auf Verzinsung einer Genugtuung (vgl. Art. 28 OHG). Auf eine opferrechtliche Genugtuung wird somit kein Schadenszins ausgerichtet, geht es in der Opferhilfe – anders als etwa im Haftpflichtrecht – nicht darum, das Opfer so zu stellen, wie wenn es am Tag der Straftat entschädigt würde. Ein Anspruch auf Verzugszins besteht mangels entsprechender gesetzlicher Grundlage ebenfalls nicht.

Sofern die Straftat vor dem 1. Januar 2009 verübt wurde und das Opferhilfegesetz von 1991 zur Anwendung gelangt, stellt der Schadenszins einen Bemessungsfaktor dar (vgl. BGE 132 II 117 ff.).

4.7.7 Verhältnis zum Adhäsionsentscheid betreffend Genugtuung

Bezüglich des Anspruchs auf eine Genugtuung wird in Art. 22 Abs. 1 OHG ausdrücklich auf die zivilrechtlichen Bestimmungen verwiesen. Sofern das Strafgericht nach umfassender Berücksichtigung des Sachverhalts und der Rechtslage einen Genugtuungsanspruch bejaht hat, weicht die Entschädigungsbehörde davon nicht ohne Not ab (vgl. zur Thematik der Bindung allgemein BGE 132 II 117 ff.).

Bezüglich der Höhe der zivilrechtlichen Genugtuung ist die Opferhilfebehörde nicht an den Entscheid des Strafgerichts gebunden. Die Bemessung der opferrechtlichen Genugtuung erfolgt vielmehr selbständig und ausgehend vom opferrechtlichen Höchstbetrag von 70 000 bzw. 35 000 Franken nach einer degressiven Skala (zur Bemessung im Einzelnen vgl. vorn Ziff. 4.7.2).

Sofern der opferrechtliche Genugtuungsanspruch gestützt auf das OHG von 1991 zu beurteilen ist, gilt Folgendes:

Hier werden sowohl bezüglich Bestand als auch bezüglich der Bemessung der opferrechtlichen Genugtuung die zivilrechtlichen Regeln analog angewendet. Sofern das Strafgericht den zivilrechtlichen Genugtuungsentscheid nach umfassender Berücksichtigung des Sachverhalts und der Rechtslage gefällt hat, weicht die Opferhilfebehörde davon nicht ohne Not ab. Nicht gebunden ist die Opferhilfebehörde, wenn die Täterin oder der Täter die Genugtuung anerkannt hat bzw. Täterin oder Täter und Opfer einen Vergleich darüber abgeschlossen haben.

5 VERHÄLTNIS OPFERHILFE UND SOZIALHILFE

Sowohl die Sozialhilfe als auch die Opferhilfe sind subsidiärer Natur: Beide kommen nur dann in Betracht, wenn nicht Dritte (z.B. TäterIn, Versicherungen, unterhaltspflichtige Personen) finanzielle Leistungen erbringen müssen und können (vgl. BGE vom 26.01.2001 in Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht Nr. 9/2001, S. 475 ff.; LGVE 2000 II 22).

Welche Hilfe der anderen vorgeht, kann nicht generell beantwortet werden. Bei der Abgrenzung Opferhilfe - Sozialhilfe ist Folgendes zu beachten:

Von der Opferhilfe können grundsätzlich nur Leistungen erbracht werden für Schäden bzw. Kosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gewaltdelikt stehen. Anders als bei der Sozialhilfe geht es bei der Opferhilfe somit nicht um die Sicherung des Existenzminimums bzw. Lebensunterhaltes einer Person, sondern um die Behebung der direkten finanziellen Folgen einer Straftat.

Beispiele

Ist X. infolge einer Straftat schwer verletzt und deshalb arbeitsunfähig, so kann die Opferhilfe den infolge der Arbeitsunfähigkeit entstandenen Erwerbsausfallschaden übernehmen. Die Höhe der finanziellen Leistung bestimmt sich einzig nach dem Schaden, der Lebensbedarf von X. ist nicht massgebend.

Wird eine Frau von ihrem Mann verletzt und flüchtet deshalb ins Frauenhaus, so können von der Opferhilfe in einem bestimmten Umfang die Kosten für den Aufenthalt übernommen werden. Mangels eines direkten Zusammenhanges nicht zuständig ist die Opferhilfe dagegen, wenn die Frau anschliessend in finanzielle Schwierigkeiten gerät, weil sie sich von ihrem Ehemann trennt und damit ihren Versorger verliert und/oder der Ehemann längere Zeit in Untersuchungshaft ist und nichts verdient.

Die Opferhilfe will dem Opfer helfen. Sie will namentlich verhindern, dass das Opfer allein wegen der Straftat Sozialhilfe beanspruchen muss.

Kommentar

Die Opferhilfe will nicht die Sozialhilfe entlasten. Hat die Sozialhilfe bereits Leistungen erbracht, so dürfen diese nicht nachträglich der Opferhilfe angelastet werden (vgl. BGE vom 26.01.2001 in Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht Nr. 9/2001, S. 475 ff. Erw. 4 d und BGE 125 II 236 f.).

Die Opferhilfe will Lücken schliessen. Zuständig für die Anordnung von familienrechtlichen Kindesschutzmassnahmen sind die Vormundschaftsbehörden, nicht die Opferhilfebehörden. Bewirkt eine angeordnete Massnahme einen hinreichenden Schutz, so besteht kein Raum für deren Finanzierung durch die Opferhilfe (BGE 125 II 235 ff.).

6 REGRESS

Geleistete Opferhilfezahlungen sollen bei der Täterin oder beim Täter zurückgefordert werden können. Zu diesem Zwecke sieht das OHG für alle finanziellen Leistungen vor, dass die Ansprüche für Leistungen gleicher Art, die dem Opfer aufgrund der Straftat zustehen, im Umfang der kantonalen Leistungen auf den Kanton übergehen (Legalzession). Geregelt ist der Übergang der Ansprüche auf den Kanton in Art. 7 Abs. 1 OHG.

Die Ansprüche des Opfers gegen die Täterin oder den Täter gehen erst dann auf den Kanton über, wenn er definitive Leistungen ausgerichtet hat (vgl. Botschaft, S. 7207).

Kommentar

Vorschussleistungen auf Entschädigungen gemäss Art. 21 OHG haben lediglich provisorischen Charakter und gehen deshalb nicht auf den Kanton über. Das Opfer ist gegenüber Dritten, namentlich der Täterin oder dem Täter, weiterhin legitimiert, seine Entschädigungsforderung geltend zu machen.

Aufgrund der Subsidiarität opferrechtlicher Leistungen können erst dann definitiv bzw. endgültig Leistungen erbracht werden, wenn feststeht, in welchem Umfang – abgesehen von der Täterin oder vom Täter – Dritte (namentlich Versicherungen) leistungspflichtig sind.

Kommentar

Im Rahmen von subsidiären Kostengutsprachen werden zwar Leistungen in einem gewissen Maximalumfang definitiv zugesichert, die konkrete Höhe der letztlich ausgerichteten opferrechtlichen Leistungen hängt aber von der zum Zeitpunkt der Kostengutsprache oft noch ungewissen Höhe von Versicherungsleistungen ab. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass die sozialversicherungsrechtlichen Leistungen bereits im Zeitpunkt ihrer Entstehung, d.h. also zum Zeitpunkt der Straftat, von Gesetzes wegen an die Versicherungen übergehen. Eine Legalzession erfolgt deshalb in der Regel nicht bereits im Zeitpunkt der Kostengutsprache, sondern erst bei der Übernahme der von den Versicherungen nicht gedeckten Kosten, d.h. erst bei Auszahlung der definitiven Opferhilfe-Leistung, steht doch erst zu diesem Zeitpunkt deren Höhe fest.

Die auf den Kanton übergegangenen Ansprüche haben Vorrang vor den verbleibenden Ansprüchen des Opfers gegenüber der Täterin oder dem Täter und vor den Rückgriffsansprüchen Dritter (Quotenvorrecht, vgl. Art. 7 Abs. 2 OHG).

Beispiel

Hat die Opferhilfe z.B. aufgrund der finanziellen Verhältnisse des Opfers lediglich 50% der angefallenen, ungedeckten Therapiekosten übernommen, so hat der Anspruch des Kantons auf Rückerstattung durch die Täterin oder den Täter Vorrang

gegenüber dem Anspruch des Opfers selbst gegenüber dem Täter auf Schadenersatz für die weder von der Opferhilfe noch von der Versicherung gedeckten Therapiekosten.

Auf den Regress ist zu verzichten, wenn dadurch schützenswerte Interessen des Opfers oder die Wiedereingliederung der Täterin oder des Täters gefährdet würden (Art. 7 Abs. 3 OHG).

Beispiel

Im Interesse des Opfers ist z.B. dann auf den Regress zu verzichten, wenn das Opfer durch die Inkassomassnahme des Kantons erneut gefährdet würde oder wenn sich ein Regress auf den Täter indirekt auch auf die finanzielle Situation des Opfers auswirkt, indem der Täter infolge des Regresses z.B. nicht mehr in der Lage ist, dem Opfer Unterhaltszahlungen zu erbringen.

7 **INKRAFTTRETEN**

Die vorliegenden Empfehlungen sind ab dem 21. Januar 2010 gültig.

Genehmigt am 18. Dezember 2009 durch den Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) und am 21. Januar 2010 durch den Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD).

Konferenz der Kantonalen
Sozialdirektorinnen und
-direktoren (SODK)

Die Präsidentin



Kathrin Hilber
Regierungsrätin

Konferenz der Kantonalen
Justiz- und Polizei-
direktorinnen und -direktoren
(KKJPD)

Der Präsident



Markus Notter
Regierungsrat

ANHANG WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND WEBSITES

LITERATUR

- Converset Stéphanie, Aide aux victimes d'infractions et réparation du dommage, de l'Action civile jointe à l'indemnisation par l'Etat sous l'angle du nouveau droit, Genf 2009.
- Ehrenzeller Bernhard / Guy-Ecabert Christine / Kuhn André (Hrsg.), Das revidierte Opferhilfegesetz / La nouvelle loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions, Zürich / St. Gallen 2009.
- Gomm Peter / Zehntner Dominik (Hrsg.), Kommentar zum Opferhilfegesetz, Bern 2009.
- Schoder Charlotte, Opferhilfeleistungen im Lichte des revidierten Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007, in: AJP 12/2008, S. 1483 ff.
- Weishaupt Eva, Die Ansprüche des Opfers im Adhäsions- und im Opferhilfeverfahren, in: Walter Fellmann / Stephan Weber (Hrsg.), Haftpflichtprozess 2008, S. 113 ff.

WEBSITES

www.opferhilfe-schweiz.ch

Das Opferhilfeportal der SVK-OHG enthält allgemeine Informationen zur Opferhilfe, sowie Adressen der Kantonalen Entschädigungsbehörden und der Opferhilfe-Beratungsstellen. Ausserdem beinhaltet die Website Informationen zur Aus- und Weiterbildung im Bereich der Opferhilfe und Links zu den kantonalen Opferhilfebehörden. Die Website ist in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache gehalten.

www.bj.admin.ch/bj/de/home/themen/gesellschaft/opferhilfe.html

Die Website des Bundesamtes für Justiz enthält unter anderem Informationen für Opfer und ihre Angehörigen sowie Hilfsmittel für die rechtsanwendenden Stellen:

- Broschüre«Opferhilfe nach einer Straftat in der Schweiz»
(Informationen für Opfer und ihre Angehörigen vom November 2008)
- Leitfaden zur Bemessung der Genugtuung
(Hilfsmittel für rechtsanwendende Behörden vom Oktober 2008)
- Das Opferhilfegesetz vom 23. März 2007
(Informationen des BJ zuhanden der Kantone vom Mai 2008)

www.opferhilfe.zh.ch

Die Website der Kantonalen Opferhilfestelle der Direktion der Justiz und des Innern enthält ausführliche allgemeine Informationen zum Opferhilfegesetz generell, zur Umsetzung des Opferhilfegesetzes (inklusive Richtlinien und Merkblätter zu diversen Themen) und zu Literatur und Rechtsprechung im Bereich Opferhilfe. Sie enthält unter anderem eine chronologische Liste aller im Bereich der finanziellen Opferhilfe ergangenen publizierten Bundesgerichtsentscheide mit einem entsprechenden Link auf den Entscheid selbst.

www.centrelavi-ge.ch

Die Website der Opferberatungstelle Genf enthält eine Sammlung der Rechtsprechung zum OHG (Rubrik «informations aux professionnels»).

